



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

BERND RIEXINGER

**THESEN ZUR
POLITIK DER PARTEI
DIE LINKE**

BERND RIEXINGER

THESEN ZUR
POLITIK DER PARTEI
DIE LINKE

BERND RIEXINGER (MdB) war von 2012 bis 2021 Ko-Vorsitzender der Partei DIE LINKE. Zuvor war er viele Jahre Gewerkschaftssekretär bzw. Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart. Er war in der Sozialforumsbewegung aktiv und ist Mitbegründer der WASG. Er ist Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISBN 978-3-948250-72-0 · Redaktionsschluss: Juli 2023
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Wir alle hoffen, dass es in diesem Jahr gelingt, der Partei DIE LINKE wieder zu größerer Bedeutung zu verhelfen. Das Ergebnis der Wahlen in Berlin und Bremen ist unter den schwierigen Bedingungen ein Erfolg, auf dem aufgebaut werden kann. Es wird keine einfache Aufgabe sein, auch die kommenden Wahlen in diesem Jahr in Bayern und Hessen erfolgreich zu bestehen. Voraussetzung dafür ist vor allem konsistente Politik in den aktuell wichtigsten Politikfeldern (welche das aus heutiger Sicht sind, dazu mehr im letzten Teil dieses Papiers).

Neben den tagespolitischen Aufgaben gibt es neue Fragen zu beantworten, die grundsätzlicher Natur sind. Dabei geht es um die mittel- und längerfristigen Linien linker Politik. Krieg, Klimakatastrophe, Wirtschafts- und Gerechtigkeitskrise verlangen von uns, schlüssige Antworten zu geben. In einer linkspluralistischen Partei wird es immer unterschiedliche Zugänge zu diesen Fragen und deshalb auch unterschiedliche Positionen geben, die geklärt werden müssen.

Ebenso gibt es unterschiedliche Positionen zum Selbstverständnis unserer Partei. Was wollen wir sein? Eine eher linkspopulistische bzw. «populäre» Wahlplattform, eine professionalisierte Wahlpartei oder eine bewegungsorientierte Mitgliederpartei, die einen emanzipatorischen und verbindenden Ansatz (im Sinne einer verbindenden Klassenpolitik) verfolgt (vgl. Riexinger 2018). Und wie verhalten sich diese Elemente zueinander (vgl. Candeias 2018)?

Es ist kein Zufall, dass in der Beurteilung sowohl des Zustands unserer Partei als auch der Lösungsvorschläge zum Teil verschiedene und nicht selten konträre Positionen vertreten werden. Ich habe versucht, einige Grundlagen herauszuarbeiten, die in den letzten Jahren für den Parteaufbau entwickelt und in der Partei verankert wurden.

INHALT

- 6** Positionen zum Krieg gegen die Ukraine
- 8** Welche Haltung nehmen wir ein
- 11** Angst vor der Ausweitung des Krieges
- 13** Krieg gegen die Ukraine – ein grundlegender Paradigmenwechsel der deutschen und europäischen Außenpolitik
- 15** Weltweite hegemoniale Verschiebungen und Krisen verschärfen die Kriegsgefahr
- 18** Multiple Krisen des Kapitalismus
- 19** Die soziale Krise ist ohne massive Umverteilung nicht zu lösen
- 21** Die Gefahr einer heraufziehenden Wirtschaftskrise
- 23** Der Kapitalismus kann die Klimakatastrophe nicht verhindern
- 26** Die Antwort der Rechten – und warum der Kampf gegen die Klimakatastrophe mit dem Kampf gegen Rassismus und Antifeminismus zusammenhängt
- 29** Risse zwischen Klimaschutzbewegung, Umweltorganisationen und Grünen werden größer
- 30** Kampf gegen Rassismus und die radikale Rechte
- 34** Verbindende Klassenpolitik und unser Verhältnis zu den Gewerkschaften
- 36** Für kämpferische Gewerkschaften und eine offensive Wahrnehmung des politischen Mandats
- 39** Mitglieder- und Bewegungspartei
- 41** Unterstützung linker Intellektueller
- 42** Konsistente Politik
- 46** Literatur

POSITIONEN ZUM KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Unterschiedliche Positionen prägen das Verhältnis der Linken zum Krieg gegen die Ukraine. Man möchte eigentlich meinen, dass DIE LINKE als Friedenspartei an Vertrauen und Zustimmung gewinnt, wenn der Frieden innerhalb Europas gebrochen wird. Das ist bisher nicht der Fall. Ebenso wenig verzeichnet die klassische Friedensbewegung einen Aufschwung, sie kann bislang keine größeren Massen auf die Straße bringen. Dass Russland die Ukraine mit einem völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Krieg überzieht, hat jahrelang vorhandene Gewissheiten ins Wanken gebracht.

Wir erleben Aufrufe von Friedensgruppen, in denen der Krieg gegen die Ukraine nicht einmal erwähnt, geschweige denn klar verurteilt wird. Wenn es doch geschieht, geht das häufig mit Relativierungen einher, das Vordringen der NATO an die russischen Grenzen und das Ignorieren der Sicherheitsinteressen von Russland seien ursächlich für die russische Reaktion. Hinter Positionen wie diesen steckt die etwas absurde Sorge, die Kritik an der imperialistischen Politik der USA werde verwässert, wenn Russland zu stark kritisiert wird.

Auf der anderen Seite gibt es auch innerhalb unserer Partei Gruppen, die die entgegengesetzte Position vertreten. So gab es auf dem letzten Parteitag einen Antrag für begrenzte und gezielte Waffenlieferungen. Bodo Ramelow vertritt prominent diese Auffassung ebenso wie der ehemalige verteidigungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Paul Schäfer. Er kritisiert DIE LINKE wegen ihrer Position, die Lieferung von Waffen abzulehnen. In den *Blättern für deutsche und internationale Politik* schreibt er: «Solidarität mit der Ukraine zu rufen, wie es die Linkspartei tut, und sich zugleich dem zu verweigern, was dafür getan werden muss, ist inkonsequent, moralisch fragwürdig und letztlich Ausdruck von Politikunfähigkeit.» (Schäfer 2023)

Schließlich gab und gibt es unterschiedliche Haltungen zur Frage der Sanktionen. Die einen kritisieren, Sanktionen wären Quatsch, wenn sie die eigene Bevölkerung treffen, aber nicht Russland. Dahinter steckt das Interesse, die Gaslieferungen aus Russland wieder in Gang zu bringen, um die Hauptursache der Gaspreisverteuerung zu beseitigen. Andere wollen sich auf keinen Fall mit wirtschaftlichen Sanktionen gemeinmachen, weil dahinter das Interesse des westlichen Bündnisses an einer wirtschaftli-

chen Schwächung von Russland stehen würde. Außerdem würde die Bevölkerung stärker an die Seite des Putin-Regimes gedrängt. Partei und Fraktion befürworteten Sanktionen gegen die russischen Oligarchen und gegen den militärisch-industriellen Komplex. Ohne diese Position wird es deutlich schwerer zu erklären, wie wir auf Putin Druck ausüben wollen, wenn wir sowohl auf Sanktionen als auch auf Waffenlieferungen verzichten wollen. Die Befürwortung von gezielten Sanktionen macht uns sprechfähig und glaubwürdig bei der Ablehnung von Waffenlieferungen.

Schlussendlich steht noch die Frage der Abgrenzung nach rechts im Raum, nicht nur im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg und der Sanktionspolitik der EU. Sahra Wagenknecht hat sich nicht zufällig geweigert, eine klare Abgrenzung nach rechts vorzunehmen. Seit der Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik ist die fehlende Abgrenzung nach rechts eine offene Flanke. Dahinter steckt die Vorstellung, AfD-Wähler*innen zurückzuholen (wohin auch immer, denn DIE LINKE ist ja nicht mehr ihr Bezugspunkt). Um dieses Ziel zu erreichen, wäre eine scharfe Kritik an rassistischen und nationalistischen Positionen nicht geeignet (Dazu mehr im Abschnitt «Kampf gegen Rassismus und die radikale Rechte»).

WELCHE HALTUNG NEHMEN WIR EIN

Krieg heißt Leid, Barbarei, Massenmord. Es ist ein schrecklicher Angriffskrieg, den Putins Regime seit mehr als einem Jahr gegen die Ukraine führt. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Da gibt es auch nichts zu relativieren. DIE LINKE ist eine Friedenspartei. Deshalb verurteilen wir die vielen Kriege des US-Imperialismus, auch die der NATO. Wir kritisieren aber ebenso uneingeschränkt, wenn Russland Krieg führt. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ohne Wenn und Aber ab und treten ein für Waffenstillstand, Verhandlungen, ja, auch für Vermittlung durch China, Indien oder Lulas Brasilien.

Linke Politik unterscheidet nicht, welche imperialistische Politik schlimmer ist. Wir verharmlosen auch nicht die imperialistische Politik der USA oder schwächen unsere Kritik an der NATO ab, wenn wir den Krieg von Russland als verbrecherisch bezeichnen und einen sofortigen Rückzug russischer Truppen fordern. DIE LINKE identifiziert sich in aller Regel nicht mit Regierungsinteressen, weder mit den russischen noch mit den ukrainischen. Schon August Thalheimer hat in den 1920er-Jahren analysiert, dass militärische Überfälle auf andere Länder nur den Nationalismus stärken. Damals ging es um die Frage, ob der Sozialismus militärisch exportiert werden kann. Thalheimer lehnte das grundsätzlich ab. Sowohl die russische als auch die ukrainische Führung vertreten einen überbordenden Nationalismus. Linke Politik muss auf der Seite der leidtragenden Bevölkerung stehen und auf der Seite der Kräfte, die auf beiden Seiten für eine Beendigung des Krieges eintreten. Im Krieg sind die unterschiedlichen Klasseninteressen nicht verschwunden, sie werden nur durch den Nationalismus verdeckt. Historisch vertrat die sozialistische Bewegung die Position, dass Arbeiter*innen verschiedener Länder nicht aufeinander schießen. Kräfte, die diese Position hörbar vertreten, gibt es bei beiden Kriegsparteien kaum. Auch wenn wir das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine nicht in Zweifel ziehen, genauso wenig wie die territoriale Integrität der Ukraine, identifizieren wir uns weder mit der Politik Selenskyjs noch mit der Interessenlage des Westens und der NATO.

Nach mehr als zwölf Monaten Krieg mit einer hohen Anzahl an Toten und Verletzten auf beiden Seiten und unerträglichem Leid für die ukrainische Bevölkerung zeigt sich, dass die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen nicht zu einer Beendigung des Krieges führt. Ohne Zweifel verlängern Waffenlieferungen den Krieg. Für die Bevölkerung gibt

es ohnehin nichts zu gewinnen. Sie wird am Ende die große Leidtragende sein. Das Land wird mehr und mehr zerstört. Deshalb ist es völlig richtig, wenn DIE LINKE weiterhin Waffenlieferungen ablehnt. Wir müssen aus der Logik des militaristischen Denkens ausbrechen, die sich fast alle Parteien und Medien zu eigen machen, und für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen eintreten.

Die Logik der Befürworter*innen von Waffenlieferungen lautet, dass Putin erst verhandeln wird, wenn er sieht, dass die Ukraine nicht militärisch besiegt werden kann, weswegen alle Waffen geliefert werden müssen, die die Ukraine benötigt. Doch das erhöht die Wahrscheinlichkeit eines noch jahrelang anhaltenden Krieges. Gesprochen wird dann von einem Abnutzungskrieg. Abnutzung heißt, dass noch mehr Menschen auf beiden Seiten sterben müssen. Den Berichten über militärische Erfolge, ob von russischer oder von ukrainischer Seite, darf kein Glauben geschenkt werden. Falschinformationen sind Bestandteil von Kriegsführung. Die Ankündigung von Selenskyj, keine Verhandlungen mit Putin zu führen, weil er jeden Vertrag brechen würde, dient hauptsächlich der Aufrechterhaltung der Kampfmoral im eigenen Land. Verhandlungen wären demnach nur nach einem Regimechange möglich. Die Absetzung von Putin ist jedoch nicht in Sicht. Es würde jahrelang keine Verhandlungen geben. Dabei wird ja verhandelt: über den Austausch von Gefangenen, über den Transport von Getreide. Eine zentrale Frage muss außerdem gestellt werden: Was passiert, wenn die Ukraine nicht siegen wird, sondern Russland oder keine Seite? Letztendlich werden Zivilist*innen in der Ukraine und Soldat*innen auf beiden Seiten den Preis dafür bezahlen.

Wer Friedensverhandlungen will, muss die Frage beantworten, wie Russland unter Druck gesetzt werden kann, Verhandlungen aufzunehmen. Am ehesten könnte das mithilfe von China oder Indien geschehen. Russland ist durch die westlichen Sanktionen wirtschaftlich mehr und mehr von Indien und insbesondere von China abhängig. Beide haben kein Interesse an einer Fortsetzung des Krieges. Unverständlich ist, warum das Positionspapier, das China im Februar 2023 vorlegte, fast schon verächtlich abgetan wurde. China hätte sich bei der UN-Vollversammlung enthalten und sei dadurch nicht unparteiisch, lautet ein Argument. Aber gerade weil sich China enthalten hat, ist es im Unterschied zur Europäischen Union in der Lage zu vermitteln. Die Initiative von Peking verlangt, die «Souveränität und Integrität aller Staaten» zu garantieren. Außerdem erteilen die Chines*innen allen atomaren Androhungen eine klare Absage. Deshalb ist es ein großer Fehler, die chinesische Initiative abzutun oder abzulehnen.

Das Einzige, was Peking Russland konkret anbietet, ist die Beendigung der Sanktionen. Die Sanktionen beginnen zu wirken – im Gegensatz zu vielen gegenteiligen Behauptungen. Gerade im militärisch-industriellen Komplex schmälern sie die Fähigkeit Russlands, komplexe Waffensysteme zu produzieren. Selbst im Energiesektor gehen die Einnahmen wegen aktuell sinkender Energiepreise zurück, auch weil Russland teils nur mit großen Rabatten Öl verkaufen kann. Russland kann nicht so schnell Leitungen nach China und Indien legen, wie ihm die Märkte im Westen wegbrechen.

Erhebliche Teile der traditionellen Friedensbewegung, in unserer Partei, zum Beispiel auch Sahra Wagenknecht, lehnen Sanktionen ab. Sie wären Teil eines Wirtschaftskrieges und würden die ohnehin geplagte Bevölkerung in Russland treffen. Was bleibt, sind dann nur noch Appelle an Putin, doch bitteschön zu verhandeln oder Russland ein Angebot zu unterbreiten, mit dem Putin an den Verhandlungstisch kommen würde. Dabei spielt offensichtlich keine Rolle, was die Ukraine will. In der Ukraine würde ohnehin ein Stellvertreterkrieg geführt. Eine solche Entmündigung des angegriffenen Landes kann keine linke Position sein.

Wirtschaftliche Sanktionen, wenn sie gegen den militärisch-industriellen Komplex gerichtet sind und gegen die Putin stützenden Oligarch*innen, sind als Druckmittel durchaus wirkungsvoll und deutlich besser, als Waffen zu liefern. Wer keine Waffen liefern will, jedoch jegliche Sanktionen ablehnt, wirkt nicht besonders glaubwürdig. Keinesfalls müssen wir deshalb mit dem derzeitigen Sanktionsregime einverstanden sein, das sich häufig gegen die Bevölkerung richtet und auch nicht wirkungsvoll genug ist.

Die auch in der Fraktion DIE LINKE (wenn auch nur von wenigen) vertretene Position, die Sanktionen würden die russische Bevölkerung und die Wirtschaft mehr treffen als die russische Regierung – deshalb sollten sie eingestellt werden, damit Deutschland wieder Gas zu günstigen Preisen erhält –, ist in doppelter Hinsicht fragwürdig. Davon abgesehen, dass die Gaspreise auch ohne Aufhebung der Sanktionen gesunken sind und der prophezeite Energienotstand nicht eingetreten ist, muss die sozial-ökologische Transformation und damit der Umbau auf regenerative Energien beschleunigt werden. Das gilt nicht nur für den «Westen», sondern auch für Russland. Russlands fossiler Kapitalismus belastet die Klimabilanz und wird ökonomisch nach und nach seine Grundlage verlieren.

ANGST VOR DER AUSWEITUNG DES KRIEGES

In einem Essay in der *Süddeutschen Zeitung* vom Februar 2023 plädiert Jürgen Habermas für ein öffentliches Nachdenken über den schwierigen Weg zu Verhandlungen: «Mir geht es um den vorbeugenden Charakter von rechtzeitigen Verhandlungen, die verhindern, dass ein langer Krieg noch mehr Menschenleben und Zerstörungen fordert und uns am Ende vor eine ausweglose Wahl stellt: entweder aktiv in den Krieg einzugreifen oder, um nicht den ersten Weltkrieg unter nuklear bewaffneten Mächten auszulösen, die Ukraine ihrem Schicksal zu überlassen.» (Habermas 2023) Er kritisiert auch die Position, dass nur die Ukraine über die Möglichkeit von Verhandlungen entscheiden kann, als inkonsistent und verantwortungslos: «Das Schlafwandeln am Rande des Abgrundes wird vor allem deshalb zu einer realen Gefahr, weil die westliche Allianz der Ukraine nicht nur den Rücken stärkt, sondern unermüdlich versichert, dass sie die ukrainische Regierung so «lange wie nötig» unterstützt und dass die ukrainische Regierung allein über Zeitpunkt und Ziel möglicher Verhandlungen entscheiden kann. Diese Beteuerung soll den Gegner entmutigen, aber sie ist inkonsistent und verschleiert Differenzen, die auf der Hand liegen. Vor allem kann sie uns selbst über die Notwendigkeit täuschen, eigene Initiativen über Verhandlungen zu ergreifen.» (Ebd.)

Ausgeblendet oder verharmlost wird von den Bellizist*innen in der Regierung, teilweise aber auch von besonnenen Befürworter*innen konditionierter Waffenlieferungen (wie Habermas oder Teilen der LINKEN), dass es sich bei Russland um eine Atommacht handelt. Damit steigt zusätzlich zu der Gefahr einer Ausdehnung des Krieges auch die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen. Wenn Politiker*innen wie Strack-Zimmermann, Hofreiter und andere sagen, dass Russland nur bluffen würde, ist das völlig verantwortungslos. Woher wollen sie das wissen? Einerseits zeichnen sie Putin als Monster, als gefährlichen und unberechenbaren Autokraten, andererseits versichern sie, er würde es mit seiner Androhung, auch Atomwaffen einzusetzen, nicht ernst meinen. Und wie kann ausgeschlossen werden, dass Atomwaffen nicht «aus Versehen» abgeschossen werden? Der spanische linke Aktivist und Philosoph Raúl Sánchez Cedillo (2022) beschreibt in einem Interview mit Pablo Iglesias den moralischen «Hochmut, mit dem beide Seiten den Krieg als zivilisatorischen Kreuzzug ausgeben» und zugleich «die Leichtfertigkeit bzw. das «Schlafwandler-tum», wie Christopher Clark es in Bezug auf den Ersten Weltkrieg nannte, mit dem unverhohlenen militaristisch agiert und ein bedingungsloser Sieg

propagiert wird. Ein anderer Aspekt, der eine weitreichende Ähnlichkeit mit der Phase des fanatischen Nationalismus und der «heiligen Einheit» in Frankreich bzw. des «Burgfriedens» in Deutschland ab dem Juli 1914 aufweist: Die Darstellung des Pazifismus als Agent der gegnerischen Seite.»

Mehreren Befragungsinstituten zufolge sind etwas über 30 Prozent der deutschen Bevölkerung gegen die Lieferung schwerer Waffen, und es gibt eine deutliche Mehrheit, die für die Aufnahme von Verhandlungen plädiert. Eine Mehrheit ist auch der Auffassung, dass die Bundesregierung zu wenig unternimmt, um Verhandlungen voranzutreiben. DIE LINKE kann diesen Positionen eine wichtige Stimme sowohl im als auch außerhalb des Parlaments verleihen.

KRIEG GEGEN DIE UKRAINE – EIN GRUNDLEGENDER PARADIGMENWECHSEL DER DEUTSCHEN UND EUROPÄISCHEN AUSSENPOLITIK

Der Krieg gegen die Ukraine verändert in einer bisher kaum vorstellbaren Geschwindigkeit die Haltung der politischen «Klasse» zu Aufrüstung, zu Waffenlieferungen, zur Entspannungspolitik der vergangenen Jahrzehnte und zur Rolle der Bundeswehr. Der Paradigmenwechsel der Politik in Deutschland und Europa ist enorm. Nicht nur die Sprache ist militaristischer geworden, auch die Aufrüstung nimmt bedrohliche und beängstigende Dimensionen an. Schon wird laut NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg von einigen NATO-Ländern gefordert, das Zwei-Prozent-Ziel nicht mehr länger als anzustrebende Größe, sondern als Mindestgrenze festzulegen. Dabei wird allein das 100-Milliarden-Euro-Paket für die Bundeswehr – das größte Aufrüstungspaket der Nachkriegsgeschichte – die Haushalte der nächsten Jahre massiv belasten. Es ist keineswegs sicher, dass es nicht noch weitere Pakete geben wird. Der neue Verteidigungsminister, Boris Pistorius, fordert, im Haushalt eine weitere Aufstockung für die Bundeswehr um zehn Milliarden Euro einzuplanen. Schon hat die Debatte begonnen, ob diese Milliarden dann noch für die Kindergrundsicherung zur Verfügung stehen werden und ob auch andere soziale Leistungen oder öffentliche Investitionen auf den Prüfstand kommen sollen.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz gezogene Grenze, keine Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern, wurde spätestens mit der Marder-Lieferung überschritten. Noch bevor nur ein Marder überführt werden konnte, mehrten sich die Stimmen, die die Lieferung von Leopard-Panzern forderten. Nachdem auch hier Kanzler Scholz und die SPD «umgefallen» sind, wurden vom stellvertretenden Außenminister der Ukraine, Andrij Melnyk, Kampfjets und U-Boote gefordert. Der aktuelle Verteidigungsminister der Ukraine forderte gar völkerrechtswidrige Streubomben und Biowaffen. Diese Forderungen wurden vom Westen zunächst zurückgewiesen. Nunmehr sind die USA bereit, Streumunition zu liefern. 123 Länder, darunter Deutschland, haben die Osloer Konvention unterzeichnet. Dieses Übereinkommen verbietet diese Art von Munition und enthält Vorgaben zur Zerstörung von vorhandenen Beständen. Die Bundesregierung hielt sich mit Kritik an der Lieferung vornehm zurück. Auch die öffentliche Empörung hält sich in Grenzen.

Inzwischen hat sich eine Koalition zur Lieferung von Kampfjets gebildet. Deutschland ist nicht dabei, weil es keine F-16-Kampfbomber besitzt, kann sich aber vorstellen, die neue Allianz zu unterstützen.

Ansonsten gibt es kaum rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Besonders Politiker*innen der Grünen und der FDP scheinen innerhalb der Ampelkoalition keine Grenzen mehr zu kennen. Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen, lautet das Credo. Wer dem widerspricht, wird schnell als angebliches Mitglied einer Hilfstruppe für Putin abgestempelt. Die meisten Medien verstärken diesen Kurs. Wer Bedenken äußert, gar Kritik an Waffenlieferungen übt oder lediglich Anstrengungen für Friedensverhandlungen einfordert, kommt entweder nicht zu Wort oder wird mit dem Totschlagargument konfrontiert, dass man das Geschäft Russlands besorge. Habermas kritisiert zurecht «den bellizistischen Tenor einer geballten veröffentlichten Meinung, in der das Zögern und die Reflexion der deutschen Bevölkerung nicht zu Wort kommen» (Habermas 2023).

Umso wichtiger wäre das Entstehen einer breiten Friedensbewegung. Notwendig wäre dafür, eine Plattform zu schaffen, die keinen Zweifel an der Verurteilung Russlands lässt, die Empathie und Solidarität mit der leidgeplagten ukrainischen Bevölkerung zeigt, die die territoriale Integrität der Ukraine nicht infrage stellt, eine Bewegung, die Aufrüstung und Waffenlieferungen ablehnt, die Verhandlungen als ersten Schritt zur Beendigung des Krieges auf den Weg bringen will, die die zunehmende Militarisierung und Kreuzzugmentalität kritisiert und Stimmen der Vernunft Gehör verschafft. So oder so ähnlich könnte eine Plattform für ein breites Friedensbündnis unter Einschluss von Gewerkschaften, kirchlichen Friedensgruppen, Personen mit öffentlicher Reichweite und Antikriegsinitiativen aussehen. DIE LINKE kann und muss die Initiative dafür ergreifen. Auch vor Ort können solche Bündnisse dafür sorgen, dass weit über die traditionellen Kreise der Ostermarschbewegung hinaus mobilisiert werden kann. Einem Aufruf einer ähnlich gelagerten Initiative sind letztes Jahr im März rund 35.000 Menschen in Stuttgart gefolgt. Die klare Abgrenzung gegen rechts muss dabei eine Selbstverständlichkeit sein. Mit der AfD und ihrem Umfeld gibt es keine Gemeinsamkeiten.

WELTWEITE HEGEMONIALE VERSCHIEBUNGEN UND KRISEN VERSCHÄRFEN DIE KRIEGSGEFAHR

Der Krieg ist auch als Folge massiver geoökonomischer und geopolitischer Verschiebungen sowie als Teil einer neuen Blockbildung zu verstehen. Welche Konstellation sich dabei letztendlich herausbilden wird, ist schwer zu sagen (vgl. Soltz 2020). Russland hat bisher seine Kriegsziele nicht erreicht, nämlich in der Ukraine einen größeren Korridor gegenüber dem Westen und der NATO zu schaffen und dauerhaft zu verhindern, dass die Ukraine in die NATO aufgenommen wird. Der Krieg hat erst einmal die NATO gestärkt. Sie erweitert sich durch Finnland und Schweden. Eine neue Blockbildung zeichnet sich ab. Russland wird stärker an die Seite von China, die EU stärker an die Seite der USA gedrängt. Besonders viel gedrängt werden musste dabei nicht einmal. Russland hat seine Einnahmen aus den fossilen Energien nicht genutzt, um eine Transformation und Modernisierung der eigenen Wirtschaft auf den Weg zu bringen (vgl. Jaitner 2023). Es bleibt ein politisch autoritärer und ökonomisch fossiler Oligarchenkapitalismus und eine absteigende Macht, jedoch in Besitz eines großen Arsenal von Atomwaffen. Nicht so China, das einen bisher nie dagewesenen wirtschaftlichen Aufschwung verzeichnen und große Teile seiner modernen Sektoren transformieren kann. China tritt als neue Weltmacht auf den Plan, ohne jedoch die USA, die weiterhin die größte Militärmacht bleiben, militärisch herausfordern zu können oder auch zu wollen. Chinas Außenpolitik ist nicht darauf ausgerichtet, eine weltweite militärische Vormachtstellung zu erringen, sondern seine auf weiteres Wachstum ausgerichtete Ökonomie abzusichern. China verfügt nur über einen einzigen Militärstützpunkt in Übersee. Das Land rüstet jedoch ebenfalls auf. Die USA wiederum verlagern längst Teile ihres Militärs Richtung China und betreiben ein enormes Aufrüstungsprogramm. Sie geben rund dreimal so viel für ihr Militär aus wie China.¹

1 Mit 877 Milliarden US-Dollar haben die USA den mit Abstand höchsten Anteil von knapp 39 Prozent an den weltweiten Militärausgaben. Die Vereinigten Staaten geben damit etwa so viel Geld für Rüstung aus wie die folgenden zehn Staaten zusammen. Mit 292 Milliarden US-Dollar – und somit einem Anteil von fast 14 Prozent an den weltweiten Ausgaben – folgt China auf der Liste der Staaten mit den höchsten Militärbudgets. Im Gegensatz zu den USA hat China sein Militärbudget im vergangenen Jahr um 4,7 Prozent erhöht, zusammen sind die beiden Weltmächte für knapp 52 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich. Die Volksrepublik baut seit Jahren ihre Marine aus, auch die nuklearen Streitkräfte wurden im vergangenen Jahr verstärkt. Chinas Militärbudget, das seit 27 Jahren kontinuierlich wächst, hat sich seit 2011 mehr als verdoppelt (Angaben laut SIPRI-Report 2022 und 2023).

Die USA haben jedoch ihre Stellung als alleinige Weltmacht verloren. Sie versuchen, Chinas wirtschaftlichen Aufstieg mittels wirtschaftlicher Sanktionen zu verhindern oder mindestens zu verzögern. Bisher mit wenig Erfolg. Die EU wird an außenpolitischer Bedeutung verlieren, wenn sie enger an der Seite der USA operiert. Es handelt sich dabei mehr um ein Unterordnungsverhältnis als um ein gleichberechtigtes Bündnis. Von einer eigenständigen Außenpolitik Deutschlands oder Europas kann derzeit kaum die Rede sein. Sie erfolgt in enger Abstimmung mit den USA, die ersichtlich das Ziel verfolgt, Russland dauerhaft militärisch zu schwächen.

Die Blockbildung gegen Russland und China wird mit der Erzählung verbunden, dass es um einen Kampf zwischen autoritär geführten Ländern und liberalen Demokratien geht. Diese Erzählung ist wenig glaubwürdig, befinden sich doch in der NATO mit der Türkei, Ungarn und Polen autoritär regierte Länder. Die Bündnispartner Saudi-Arabien, Ägypten oder Katar können nicht gerade als liberale Demokratien bezeichnet werden. Insoweit ist die «feministische- und menschenrechtsorientierte» Außenpolitik von Annalena Baerbock mit einem erheblichen Schuss Heuchelei versehen. Indien und Brasilien als wichtige Schwellenländer haben die Wirtschaftssanktionen nicht mitgetragen und verfolgen eigene Interessen. Indien hat seine Importe von Öl und Gas aus Russland sogar deutlich erhöht.

Ingar Soltz (2022) spricht von einer mehrdimensionalen neuen Blockkonfrontation, mit einer geschwächten EU. Auch Carlo Masala (2018: 180), Professor für internationale Politik an der Universität der Bundeswehr, beschrieb die konfrontative Entwicklung bereits 2018 als «Weltunordnung»: «Die Ausstrahlung des liberaldemokratischen Westens mit dem von ihm maßgeblich geschaffenen internationalen System seit 1945 sinkt beständig. Es bleibt also bei einer Weltordnung, in der die disruptiven Tendenzen zunehmen werden und in der die auf- und absteigenden Mächte sich weiterhin nicht als Manager des internationalen Systems im 21. Jahrhundert verstehen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Kampf um die Vorherrschaft in den kommenden Jahren an Schärfe deutlich zunehmen wird.» (Masala 2018: 180) Mit anderen Worten: Die Gefahr von weiteren Kriegen und militärischen Auseinandersetzungen wird größer.

Die Charakterisierung des Krieges als Rückkehr des Imperialismus in Europa (Olaf Scholz) unterschlägt, dass nicht nur Russland imperialistische Interessen verfolgt. Die imperialistischen Interessen der USA und des Westens werden ausgeblendet. Das ist genauso falsch wie die Aussage von Annalena Baerbock, dass wir «mit unsere[n] Waffenlieferungen helfen [...], Menschenleben zu retten» (Süddeutsche Zeitung, 14.9.2022).

Dass die verschiedenen Blöcke nicht in der Lage sind, eine dauerhaft beständige Friedensordnung hervorzubringen, darf DIE LINKE nicht daran hindern, Vorschläge für eine zukünftige und verlässliche Friedensordnung zu unterbreiten. Eine neue Blockbildung wird keine tragfähige Grundlage dafür bieten. Im Vorfeld der Europawahlen sollte die europäische Linke die Rolle und Politik der Europäischen Union in den Blick nehmen.

Die Position, dass mit Putin nicht verhandelt werden kann, bedeutet im Umkehrschluss: Bevor es keinen Regimechange in Russland gibt, kann kein Waffenstillstandsabkommen und kein Friedensvertrag geschlossen werden. Ein Regimechange ist vorläufig nicht zu erwarten. Auch wenn sich beide Seiten Vorteile auf dem Schlachtfeld erhoffen, muss es auf kurz oder lang (je früher, desto besser) Verhandlungen für einen Friedensvertrag geben.

Darüber hinaus wird die Frage beantwortet werden müssen, wie eine Sicherheitsarchitektur in Europa aussehen kann. Wenn Olaf Scholz die Perspektive eines neuen kalten Krieges ablehnt, dessen Kern die Konfrontation zwischen den USA und China bildet, und er stattdessen sagt, es gelte, auch «mit Ländern zusammenzuarbeiten, die demokratische Institutionen zwar selbst nicht angenommen haben», aber ein regelbasiertes System unterstützen (Olaf Scholz, Namensbeitrag in *Foreign Affairs*, 5.12.2022), ist vielleicht noch nicht alle Einsicht verloren. Gerade Deutschland und Europa müssen ein großes Interesse an einer friedlichen Koexistenz mit Russland und China haben. Es ist zwar denkbar, den ungünstigsten Zeitpunkt ein kollektives Sicherheitssystem ohne NATO, vielleicht mit Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und/oder durch Demokratisierung einer handlungsfähigen UN zu popularisieren, es wird aber ohne Zweifel eine wichtige Aufgabe linker Friedens- und Außenpolitik sein, Grundzüge einer solchen Friedensordnung zu entwickeln. DIE LINKE hat nicht zuletzt wegen ihrer Außenpolitik (wenn wir den Umfragen Glauben schenken) erhebliche Stimmenanteile verloren. Hier gilt es, Vertrauen zurückzugewinnen.

Außerdem können wir davon ausgehen, dass sowohl die konservativ-liberalen Parteien als auch Grüne und SPD bei den Europawahlen die Stärkung der EU als dem liberalen demokratischen Block gegen die autoritär geführten Länder wie Russland in das Zentrum des Wahlkampfes rücken werden. Dabei wird die Frage einer europäischen Armee, zumindest einer deutlich stärkeren militärischen Kooperation und einer gemeinsamen Außenpolitik mehr Gewicht erhalten als bei vergangenen Wahlen. Wenn DIE LINKE hier nicht klar und sprechfähig ist, kann sie leicht unter die Räder kommen.

MULTIPLE KRISEN DES KAPITALISMUS

Der Krieg inmitten Europas und die weltweit wachsenden Kriegsgefahren sind nicht die einzige Krise, mit der wir es zu tun haben. Verschiedene Theoretiker*innen der Linken sprechen schon seit Längerem von den multiplen Krisen (vgl. Demirović u. a. 2011) oder einer ökonomisch-ökologischen Zangenkrise (vgl. Dörre 2021) des Kapitalismus. Die ökonomischen und sozialen Krisen verschränken sich mit der lebensbedrohenden Klimakrise, wachsenden militärischen Konflikten und Kriegsgefahren. Verschiedene soziale, ökologische und demokratische Bewegungen sind entstanden, die sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht abfinden wollen. Die selbsternannte Fortschrittskoalition mit Kanzler Scholz konnte ihr Projekt eines modernisierten Kapitalismus, das eine begrenzte ökologische Transformation mit Wachstum und einer Verbesserung der Weltmarktposition Deutschlands in Einklang bringen wollte, nicht so richtig vorantreiben. Das Konzept, wirtschaftliches Wachstum vom zunehmenden Ressourcenverbrauch abzukoppeln, scheint schon jetzt gescheitert zu sein. Zu groß sind die Krisen, mit denen sich die Ampel gleichzeitig auseinandersetzen muss. Die drohende Energiekrise konnte gerade noch abgewendet werden. Trotzdem sind die Preise für Gas doppelt so hoch wie vor dem Ukraine-Krieg. Die Hoffnung, über Wachstum die Verteilungskrisen abzuwenden, schmilzt gerade dahin wie der Schnee in der Sonne. Höhere Steuern für Konzerne und Superreiche sind durch das Veto der FDP auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Den Finanzierungsproblemen aus dem Weg zu gehen, indem nach dem Vorbild des Sonderfonds für die Bundeswehr Schattenhaushalte gebildet werden, ist kaum mehr möglich. Die gestiegenen Zinsen erschweren eine weitere Verschuldung. So werden wichtige Projekte der Koalition wie die Kindergrundversicherung oder der Klimaschutz auf Sparflamme gehalten. Der Streit zwischen FDP und Grünen ist Ausdruck dieser Krisen und Widersprüche.

DIE SOZIALE KRISE IST OHNE MASSIVE UMVERTEILUNG NICHT ZU LÖSEN

Schon seit Jahrzehnten stecken wir in einer sozialen Gerechtigkeitskrise. Die soziale Schere geht weiter auseinander, sowohl zwischen den Ländern des globalen Südens und den wirtschaftsstarken Ländern des Nordens als auch zwischen den Klassen in den jeweiligen Ländern. Oxfam berichtete Mitte Januar 2023, kurz vor Beginn des Weltwirtschaftsforums in Davos, dass Konzerne und Superreiche die großen Krisengewinner sind. Seit 2020 gingen zwei Drittel aller Vermögenszuwächse an das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung, während die anderen 99 Prozent mit dem Rest vorliebnehmen müssen. Erstmals seit einem Vierteljahrhundert hätten extremer Reichtum und extreme Armut gleichermaßen zugenommen. Noch gravierender ist die soziale Kluft in Deutschland gewachsen. In der Bundesrepublik entfielen 81 Prozent der Vermögenszuwächse auf das reichste eine Prozent und nicht einmal 20 Prozent auf den Rest.

Die Zeit der Corona-Pandemie konnte das Kapital nutzen, Gewinne und Reichtum der Aktionär*innen zu vergrößern. Die durch den Krieg gegen die Ukraine verschärfte Inflationsentwicklung führt bei Millionen Beschäftigten zu Reallohnverlusten und der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Rund 40 Prozent der Menschen in Deutschland besitzen keinerlei Reserven. Die Verdoppelung der Energiekosten stellt sie vor schwer lösbare Probleme. Die Verteilungskämpfe werden härter.

Die Gewerkschaften haben, gestützt auf eine hohe Mobilisierung der Mitglieder im Vergleich zu den Vorjahren, hohe Tarifabschlüsse durchsetzen können. Trotzdem sind im ersten Quartal 2023 die Reallöhne um 2,3 Prozent gesunken. Bereits 2022 mussten die Beschäftigten Reallohnverluste von über fünf Prozent verkraften. Zu beachten ist, dass nur noch etwa die Hälfte aller Beschäftigten unter Tarifverträge fällt und Beschäftigte ohne Tarifvertrag weitaus weniger verdienen als die Tarifgebundenen. Die staatlichen Ausgleichsmaßnahmen reichen insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensgruppen nicht aus, um die gestiegenen Kosten zu bewältigen.

Der Parteivorstand der LINKEN hat beschlossen, eine Kampagne zur Rückverteilung von oben nach unten auf den Weg zu bringen (vgl. Völpel 2021). Zusammen mit der Forderung nach einem massiven Klima-

schutzprogramm und einer Aufwertung des Öffentlichen ist das der richtige Schritt. Die Partei hat ein Alleinstellungsmerkmal bei Forderungen nach höherer Besteuerung der Superreichen und Reichen. Gleichzeitig gibt es spürbare Mängel in den Bereichen Pflege, Erziehung, Bildung oder öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). Im Zusammenhang mit der Forderung nach konkreten Verbesserungen in diesen Feldern kann die Rückverteilungskampagne erfolgreich werden (vgl. Candeias 2023a). Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will für eine Vermögenssteuer «trommeln».

DIE GEFAHR EINER HERAUFZIEHENDEN WIRTSCHAFTSKRISE

In den USA und den Ländern der Europäischen Union wird die Inflation in erster Linie mit Zinserhöhungen bekämpft. Das ist in hohem Maße problematisch, denn die Energiepreise reagieren nicht auf Zinserhöhungen. Die Kosten für Hypotheken steigen ebenso wie die Baupreise. Die Bundesregierung gab bekannt, dass sie das Ziel von 400.000 neu gebauten Wohnungen weit verfehlen wird. Private und staatliche Schulden verteuern sich, die Gewinne von Banken und Finanzkonzernen steigen. Die hohe Inflation entwertet die Löhne, führt zu sinkender Kaufkraft und weiterer Umverteilung von unten nach oben. Die gestiegenen Energiekosten belasten die Bilanzen energieaufwendiger Industriesektoren. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck plant deshalb einen günstigen Industrietarif. Hinzu kommen noch Lieferengpässe, die den Produktionsprozess zumindest beeinträchtigen. Bisher schlagen diese Entwicklungen nicht oder kaum auf den Arbeitsmarkt durch. Die Beschäftigung bleibt auf einem Höchststand. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass wir es in den nächsten Jahren mit einem Krisenzyklus der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun haben werden (vgl. Candeias 2023b). Entgegen den Prognosen der Regierung, die von einem bescheidenen Wirtschaftswachstum ausging, befinden wir uns derzeit in einer technischen Rezession. Das ist der Fall, wenn in zwei Quartalen in Folge das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkt.

Auszugehen ist von einem Prozess wachsender Verteilungsungerechtigkeit und von einem ökonomischen Konzentrations- und Zentralisierungsprozess, der durch Transformation und Digitalisierung beschleunigt wird. Die Elektromotorisierung der Automobilindustrie und damit des wichtigsten Industriebereichs in Deutschland führt absehbar zu Arbeitsplatzvernichtung, beginnend bei den Zulieferern. Beobachtet werden kann seit geraumer Zeit die zunehmende Verlagerung von Produktionsstandorten in osteuropäische Länder und in die Türkei. Der Markteintritt von chinesischen oder auch indischen Automobilfirmen wird durch die Elektromotorisierung erleichtert und führt zu einem verschärften internationalen Konkurrenzkampf.

DIE LINKE unterstützt Kämpfe der Belegschaften und der Gewerkschaften gegen Standortschließungen und Verlagerungen von Produktionsstätten. Das geschieht gerade massenhaft bei den Zulieferern, die die Transformation nicht finanzieren können oder einfach nur die niedrigeren Lohnkosten für höhere Profite nutzen. Die IG Metall hat auf die dramatische Lage der Zulieferer aufmerksam gemacht.

Dabei vertritt DIE LINKE bei der Transformation das Ziel eines umfassenden Umbaus zu einer emissionsfreien Wirtschaft. Mithilfe von Strukturpolitik und Konversion (etwa durch die Produktion von nachhaltigen Verkehrsmitteln) soll zum Beispiel die Automobilindustrie zu einer nachhaltigen Mobilitätsindustrie umgebaut werden (vgl. Candeias/Krull 2022; Riexinger 2020). Das verbinden wir mit der Forderung nach Erweiterung der Mitbestimmung und dem Einstieg in die Wirtschaftsdemokratie. Eine Transformation, die Klima und Arbeitsplätze schützt, ist so umfassend, dass sie ohne Änderung der Eigentumsformen – Genossenschaften, belegschaftseigene Betriebe, öffentliches Eigentum – nicht erfolgreich sein kann. Systematische Arbeitszeitverkürzung ermöglicht höheren Zeitwohlstand und ein besseres Leben. Es wird Zeit, dass dazu eine gesellschaftliche Diskussion angestoßen wird. Mit der 4-Tage-Woche wurde ein erster Stein ins Wasser geworfen, der schon einige Wellen schlägt. Die Arbeit in personenbezogenen Dienstleistungsbereichen und sozialen Feldern muss dringend aufgewertet und besser bezahlt werden.

DER KAPITALISMUS KANN DIE KLIMAKATASTROPHE NICHT VERHINDERN

Die größte Krise und Herausforderung ist die Klimakatastrophe. Es gibt innerhalb der LINKEN nach wie vor Gruppen, die davor warnen, «grüner als die Grünen» zu werden. Das Thema würde den Grünen zugeordnet und könne von uns deshalb nicht erfolgreich besetzt werden. Außerdem würden wir uns von den lohnabhängigen Klassen entfremden. Unabhängig von dieser strategischen Frage gibt es die Klimakrise; wir sind bereits mit-tendrin. Die Abwendung der Klimakatastrophe ist eine objektive gesellschaftliche Aufgabe. Die Weichen, die darüber entscheiden, ob wir daran scheitern oder nicht, werden in den nächsten fünf bis zehn Jahren gestellt. Die Grünen wie auch die Ampel können die Krise mit ihrem Ansatz nicht lösen. Gerade für die Lohnabhängigen zeigt sich die Klimakatastrophe als Gerechtigkeitskrise, die ihre Arbeits- und Lebensbedingungen in hohem Maße beeinflussen wird.

Trotz leichten Rückgangs der Gesamtemissionen um 1,9 Prozent verfehlte Deutschland 2022 sowohl im Verkehrs- als auch im Gebäudesektor die selbstgesteckten Klimaziele. Um die Klimaziele 2030 noch zu erreichen, müssen zukünftig die Emissionen um 6 Prozent jährlich sinken.

Unstrittig ist der hohe Emissionsausstoß durch die Reaktivierung von Kohlekraftwerken, bei Gebäuden und im Verkehr. Das FDP-geführte Verkehrsministerium blockiert die eigenen Klimaziele. Neue Autobahnen und Bundesstraßen sollen gebaut werden, während der Ausbau des Schienennetzes stagniert und den Kommunen und Ländern die nötigen Mittel für einen nachhaltigen Ausbau des ÖPNV und des Regionalverkehrs verweigert werden. Laut dem Expert*innenrat wird Deutschland auch bis 2030 seine Klimaziele deutlich verfehlen. Die heißen Sommer, bei denen sich Trockenheit und Starkregen abwechseln, die Überschwemmungen im Ahrtal 2021 und das Absinken der Grundwasserspiegel machen erfahrbar, was mit der Klimakatastrophe in nicht allzu ferner Zukunft in geballter Form auf uns zukommt. Der Bericht des Weltklimarats weist aus, dass wir bereits bis 2035 eine Erwärmung von 1,5 Grad bekommen, wenn nicht massiv gegengesteuert wird.

Seit Beginn der Industrialisierung, also seit 200 Jahren, nimmt die Konzentration von Treibhausgasen stark zu. CO₂ ist wesentlich für die Erd-

erwärmung verantwortlich. Die Luft an der Erdoberfläche hat sich gegenüber der Zeit vor der Industrialisierung um den Mittelwert von einem Grad erwärmt. In Deutschland liegt der Temperaturanstieg im zurückliegenden Jahrzehnt um zwei Grad höher als in den ersten Jahrzehnten der Aufzeichnungen. Das Abschmelzen der Gletscher und des arktischen Meereseises führt zu einem Anstieg der Meeresspiegel. Die Lebensgrundlage von über 100 Millionen Menschen ist heute schon bedroht. Namhafte Klimaexpert*innen gehen davon aus, dass das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens nicht mehr erreichbar ist. Selbst ein Anstieg um zwei Grad ist ohne radikale Änderung der Wirtschafts- und Lebensweise nicht möglich. Durch das Auftauen der Permafrostböden, die Zerstörung der Artenvielfalt, den Verlust des natürlichen Eisschutzes vor Sonneneinstrahlung aufgrund des Abschmelzens der Polarkappen, sowie durch den Anstieg der Meeresspiegel und die Beschädigung der Kohlenstoffaufnahme der Meere droht das Überschreiten der Kippunkte und damit eine dominoartige Kettenreaktion. Irreversible Schäden wären die Folge, die bis zur Gefährdung des Überlebens der Menschheit führen können.

Die systematische Externalisierung der sozialen Kosten auf die Gesellschaft und der ökologischen Kosten auf die Natur kann, bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, nicht überwunden werden. Die grüne und sozialdemokratische Illusion eines «grünen» Wachstums, das vom zunehmenden Ressourcenverbrauch abgekoppelt werden könnte, wird zerplatzen wie eine Seifenblase. Durch Wachstum und Inwertsetzung noch nicht erschlossener Bereiche löst der Kapitalismus seine inneren Widersprüche. Längst wird fast jeder weitere Fortschritt mit wachsender Zerstörung erkaufte. Der Kapitalismus ist zugleich ein System gravierender Ungleichheit. Das trifft auch auf die Klimakatastrophe zu. Während eine Minderheit reicher und vermögender Menschen den größten ökologischen Fußabdruck hinterlässt, muss eine übergroße Mehrheit für die Folgen bezahlen. Nach Oxfam sind die reichsten zehn Prozent der Menschen für mehr als die Hälfte der CO₂-Emissionen verantwortlich. Während das reichste Prozent allein 15 Prozent der Gase emittiert, verantwortet die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung lediglich sieben Prozent. In Deutschland waren zehn Prozent der Reichsten im Jahr 2015 für mehr Emissionen verantwortlich als der Rest der Bevölkerung. Die einkommensschwächeren Teile der Bevölkerung wohnen meist in den verkehrsreichen Straßen, tragen die größte Last der gesundheitlichen Folgen, sterben früher und sind mit der Verteuerung der Lebensmittel am härtesten getroffen.

Zu Recht schreiben Beat Ringger und Pascal Zwicky von der Schweizer Gruppe Denknetz (2022): «Wer glaubt, bei der Klimaerhitzung gehe es

«nur» um eine Zunahme von Hitzewellen, Starkregen und steigende Meeresspiegel, der täuscht sich. Die Krisendynamik ist ebenso durch Versorgungsengpässe, Verteilungskämpfe und globale Konflikte geprägt.» Noch gravierender trifft die Klimakatastrophe die Menschen im globalen Süden, obwohl sie den geringsten Anteil an den Ursachen haben. Die eingangs angesprochenen Debatten, ob DIE LINKE sich mehr den sozialen Fragen zuwenden muss und nicht den Anschein erwecken darf, grüner als die Grünen zu werden, wirken vor diesem Hintergrund wie aus der Zeit gefallen. Die Frage des Klimaschutzes ist eine zutiefst soziale Frage, sie durchzieht die gegensätzlichen Klasseninteressen wie ein roter Faden, und ihre Beantwortung ist eine grundsätzliche, die nicht ohne Überwindung des kapitalistischen Systems zu haben ist.

Jede linke Partei steht vor der Aufgabe, Auswege aus der Klimakatastrophe zu finden und die Kämpfe der Klimabewegung zu unterstützen. Die Aufgabe, die vor uns liegt, ist der globale Umbau des bestehenden Wirtschaftsmodells und der dominierenden Lebensweise, die vor allem durch die Industrienationen der westlichen Welt geprägt sind.²

2 Zur Problematik, dass selbst ein linker Green New Deal die Klimaziele aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr erreichen kann und daher auch eine linke Klimafolgenanpassungspolitik mit Blick auf resiliente soziale Strukturen und sozialistische (Not-)Maßnahmen entwickelt werden muss, vgl. LuXemburg 2/2022: «Unangepasst» sowie Candeias 2022b.

DIE ANTWORT DER RECHTEN – UND WARUM DER KAMPF GEGEN DIE KLIMAKATASTROPHE MIT DEM KAMPF GEGEN RASSISMUS UND ANTIFEMINIS- MUS ZUSAMMENHÄNGT

Die radikal rechten und nationalistischen Kräfte und Parteien haben längst eine Antwort auf die ökologischen Fragen gefunden: Sie leugnen die menschengemachte Klimakatastrophe. Dabei geht es nicht um offensichtliche Dummheit oder Unwissenheit. Rechte wie Trump, Bolsonaro oder Parteien wie die AfD wissen genau, dass es den menschengemachten Klimawandel gibt. Sie wissen jedoch auch, dass es nicht für alle reichen wird, wenn so weitergemacht wird. Nach ihrer Ideologie muss es auch nicht für alle ein gutes Leben geben. Es muss nur für den Erhalt des Kapitalismus und ihrer überwiegend weißen Gefolgschaft in den wohlhabenden Ländern reichen (vgl. Moore 2020). Deshalb rüsten sie auf, bauen Mauern und Zäune mit Stacheldraht und sind bereit, ihre Interessen mit Gewalt durchzusetzen. Die AfD verbindet das Leugnen des menschengemachten Klimawandels mit der Verteidigung «unseres» Wohlstands, der vor den grün-roten «Klimaterroristen», den Geflüchteten und Migrant*innen und vor den Ansprüchen der Menschen im globalen Süden geschützt werden muss. Die Autoren des lesenswerten Buches «Klimarassismus – der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende» (Quent u. a. 2022) zeigen an vielen Beispielen auf, wie die Rechten die Verteidigung der materiellen Interessen der herrschenden Klasse mit offenem Rassismus, Antifeminismus und dem Hass auf «Minderheiten» verbinden. Sie führen einen Kampf gegen die Rechte von Frauen und Minderheiten, gegen Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz. Sie führen zugleich einen Kulturkampf für die Wirtschafts- und Lebensweise der Interessengruppen, die meistens weiß, vermögend und männlich sind. Die Autoren schreiben: «Auch heute gilt die gesellschaftlich dominante Fixierung auf technologische statt auf soziale Wege zur Bearbeitung der Klimakrise als typisch männlich.» (Ebd.: 81)

Deshalb ist der Kampf gegen Rassismus, Antifeminismus und für Klimagerechtigkeit keine identitäre Marotte gut situerter städtischer Mittelschichten, sondern unverzichtbarer Bestandteil im Kampf für Gerechtigkeit, Demokratie und Sozialismus. Im Unterschied zu den Rechten geht

es uns um eine weltweite gleichberechtigte Lebensperspektive für alle Menschen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als den Neubau eines Wirtschafts- und Lebensmodells, das nicht mehr auf Ausbeutung, Unterdrückung und Ungleichheit sowie auf der Übernutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen aufgebaut ist.

Dabei muss der deutschlandweite Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ von 8,5 Tonnen drastisch reduziert werden. Das Umweltbundesamt spricht von einer Tonne, die klimaverträglich wäre. Das ist nur möglich, wenn unser Wirtschafts- und Lebensmodell radikal verändert und eine Weltwirtschaftsordnung aufgebaut wird, die es ermöglicht, dass die Länder des globalen Südens die fossile Entwicklungsphase überspringen. Die Forderung nach Überwindung von sozialer Ungleichheit kann DIE LINKE mit einem anderen Wohlstandsbegriff in einer Gesellschaft verbinden, in der die (soziale) Infrastruktur am Gemeinwohl und nicht am Profit ausgerichtet wird. Dabei geht es um unveräußerliche Rechte auf gesellschaftliche Teilhabe, um gute Arbeit und auskömmliche Löhne, um die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und um die Demokratisierung der Wirtschaft. Die Verbindung von industrieller Strukturpolitik, Klimaschutz und Wirtschaftsdemokratie könnte Leitlinie für linke Politik sein.

Jede gesellschaftliche Vision braucht Brücken auf dem Weg dahin oder konkreter, Einstiegsprojekte, die es ermöglichen, wegweisende Veränderungen anzustoßen. Die Mobilitätswende ist ein Schlüsselkonflikt und ein solches zentrales Einstiegsprojekt. Hier liegt das größte Versagen der Ampelregierung vor. Verkehrskonzepte der Zukunft umfassen Städte und Kommunen der kurzen Wege, ein gut ausgebautes Netz von Fußgänger*innen- und Fahrradwegen, einen funktionierenden ÖPNV, der auch die «letzte» Meile von der Endhaltestelle bis zur Wohnung abdeckt, bei günstigen Ticketpreisen bis hin zum Nulltarif. Ziel muss der Aufbau nachhaltiger Mobilität sein, die auch ohne Auto auskommt. Der Güterverkehr wird weitgehend auf die Schiene verlagert. Das Aufkommen des motorisierten Individualverkehrs wird mittelfristig halbiert. Die Automobilregionen werden zu Mobilitätsregionen umgebaut. Damit können bis zu 400.000 Arbeitsplätze im industriellen Bereich geschaffen werden (vgl. Candeias/Krull 2022). In der wichtigsten Industrie in Deutschland verfolgen wir das Ziel einer umfassenden sozial-ökologischen Transformation.

Gleichzeitig geht es dabei auch um die Verteilung der begrenzten Fläche. Die Städte unterliegen wegen des großen Anteils versiegelter Fläche einer stärker steigenden Erwärmung. Werden nicht mehr Flächen entsiegelt und begrünt und fließt nicht mehr Wasser in den Städten, steigen die

gesundheitlichen Belastungen – bis hin zur höheren Sterblichkeit älterer und gesundheitlich belasteter Menschen. Circa 60 Prozent der öffentlichen Fläche in den Städten wird durch die Autos beansprucht. Zentral wird es daher sein, mehr und mehr autofreie Zonen zu schaffen, wie es viele Städte (leider fast alle in anderen Ländern, wie Kopenhagen, Amsterdam, Barcelona) längst auf den Weg gebracht haben.

Die Initiativen von Kreisverbänden und Basisgruppen der LINKEN für kostenfreie oder zumindest deutlich kostengünstigere Ticketpreise in Verbindung mit der Forderung nach höheren Investitionen für den Ausbau des ÖPNV sind ein richtiger Ansatz und sollten verstärkt werden. Nachdem die Klimabewegung Fridays for Future ihre Aktionen auf eine nachhaltige Mobilitätswende ausrichtet, mit ver.di zusammen für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne streikt (vgl. Autor*innenkollektiv CLIMATE.LABOUR.TURN 2023), gibt es zahlreiche Bündnismöglichkeiten auf jeder Ebene.

RISSE ZWISCHEN KLIMASCHUTZBEWEGUNG, UMWELTORGANISATIONEN UND GRÜNEN WERDEN GRÖßER

Lützerath ist nicht nur zu einem Symbol des Kampfes gegen den unsinnigen weiteren Abbau von klimaschädlicher Kohle geworden, sondern auch für den sichtbaren Riss zwischen der Klimabewegung und den Grünen. Deren Versuch, den Abbau zu beschließen und gleichzeitig dagegen zu protestieren, hat nicht funktioniert. Bei den Aktivist*innen geht die Richtung eindeutig nach links, was in fast allen Reden auf den Kundgebungen vor Ort klar zum Ausdruck gekommen ist. Bei vielen Akteur*innen gibt es ein entwickeltes Bewusstsein für die Verbindung von sozialen und ökologischen Fragen, ebenso für die dominierenden Konzerninteressen. Systemische Fragen fließen mehr und mehr in die Bewegung ein. Das bedeutet nicht, dass diese Entwicklung sofort unserer Partei zugutekommt. Schließlich will niemand die Enttäuschung mit den Grünen noch einmal erleben. DIE LINKE kann jedoch zu einem wichtigen Bezugspunkt werden (wie auch eine quantitative Studie zeigt, vgl. Candeias 2022a). Das setzt voraus, dass entsprechend den Parteitagsbeschlüssen und dem Wahlprogramm gehandelt wird. Sich widersprechende Botschaften innerhalb der Fraktion sind dem nicht gerade dienlich. Die Klimakatastrophe ist so gegenwärtig und bedrohlich, dass sich Millionen Menschen der heutigen und künftigen jungen Generationen an deren Bewältigung politisieren werden. Es liegt an uns, die Partei zu sein, die diesen Prozess am besten auf den Punkt bringt. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um eine im besten Sinne des Wortes verbindende Partei zu sein oder zu werden.

KAMPF GEGEN RASSISMUS UND DIE RADIKALE RECHTE

Wir befinden uns seit Jahren mitten in einem gefährlichen Prozess, in dem wir uns kontinuierlich an die Existenz einer extrem rechten Partei gewöhnt haben, die sich in ihrer Entwicklung deutlich radikalisiert und eine mehr oder weniger offene Verschränkung mit neonazistischen und gewaltbereiten Kräften (etwa den Reichsbürger*innen) aufweist. Zwar war das Bundestagswahlergebnis 2021 für die AfD ernüchternd, seitdem sind die Zustimmungswerte in Wahlumfragen jedoch auf 20 Prozent gestiegen. In den ostdeutschen Bundesländern bewegt sie sich zwischen 28 und 32 Prozent und wäre damit in Sachsen und Thüringen stärkste Partei (vgl. Wiegel 2022). In verschiedenen Ländern bilden rechtspopulistische und nationalistische Parteien die Regierung. Aktuell neben Polen, Ungarn und der Türkei auch in Italien. Die Gefahr, dass Trump ein Comeback gelingt, ist nicht gebannt. Die Rechten bieten sich in mehr und mehr Ländern als Vertreter eines autoritären Kapitalismus an. Der erste Angriff, sobald sie in der Regierung sind, gilt der Demokratie und übrigens auch den Gewerkschaften (vgl. Candeias 2019). Mit einer Mischung aus Sündenbockpolitik gegenüber Migrant*innen, Geflüchteten und «Minderheiten» und der Kampfansage gegen die politische «Elite», die nicht mehr das Volk vertreten würde, wird der Nationalismus gestärkt. Gleichzeitig wird ein massiver Kulturkampf für traditionelle «Werte» und für ein konservatives Familienbild geführt, gerichtet gegen jede Form von emanzipatorischer und feministischer Politik, freier sexueller Orientierung und anderen Lebensformen. Auch wenn die AfD aus heutiger Sicht kaum Aussicht auf Regierungsmacht besitzt und aktuell keine Partei – zumindest auf Landesebene – bereit ist, mit der AfD eine Koalition einzugehen, muss das nicht so bleiben. Gerade im Osten ist der Wall gegen eine Koalition mit der AfD nicht so stabil gebaut, dass er nicht bröckeln kann, wie wir es in Thüringen gesehen haben.

Auch wenn unsere Partei derzeit schwächelt, muss sie den klaren Gegenpol zu extrem rechten und neonazistischen Parteien bilden (vgl. Begriff/Preuss 2023). Die AfD versucht, den Unmut oder zumindest das Unbehagen über die gestiegenen Lebenshaltungs- und Energiekosten für ihre Zwecke zu nutzen. Sie wirft der Bundesregierung vor, die Interessen des «deutschen Volkes» zu verraten. Die Sanktionen gegen Russland würden die eigene Bevölkerung treffen und wären verantwortlich für die hohen Energiekosten. Die Regierung würde damit und mit der ideologiegetriebenen links-grünen Klimapolitik die Wirtschaft in Deutschland kaputt machen. Die AfD verharmlost und rechtfertigt den Angriffskrieg

von Russland, zumindest lehnt sie alle Sanktionen ab, mit dem Ziel, wieder günstige Gaslieferungen zu erhalten. Das entbindet sie von jeglicher Kritik an der Preispolitik der Energiekonzerne und verschleiern, dass sie keinerlei eigene Vorschläge zur Deckelung der Preise und zur Entlastung der Bevölkerung vorlegen kann. In der Frage der Transformation zu regenerativen Energieformen ist die AfD ohnehin blank und bei der Mobilitätswende geht es ihr allein darum, Benziner und Diesel als Antriebsformen zu retten. Sie ist eine durch und durch rückwärtsgewandte fossile Partei, zunehmend rassistisch, nationalistisch und extrem rechts. Es ist gut, dass bei den meisten Protestaktionen gegen die Teuerung – auch wenn es davon leider Ausnahmen gab – eine klare Abgrenzung gegen rechts erfolgt ist. Das muss weiterhin der Kurs sein. Linke verurteilen den Angriffskrieg gegen Russland und fordern gezielt Sanktionen gegen die Oligarchie und den industriell-militärischen Komplex. Wir stehen an der Seite der ukrainischen Bevölkerung, die unter diesem Krieg unsäglich leiden muss. Wir stehen für einen schnellen sozial-ökologischen Umbau und machen keine Standortpolitik für das Kapital. Und wir machen konkrete Vorschläge, wie Preise gedeckelt, die Menschen entlastet und die Energiekonzerne in die öffentliche Hand überführt werden können.

Derzeit erleben wir eine Wiederkehr der unsäglich Debatten um Geflüchtete. Hilferufe kommen aus den Kommunen, die mit der hohen Anzahl Geflüchteter, insbesondere aus den ukrainischen Kriegsgebieten, überfordert sind. Reflexartig reagiert die Ampel mit der Ankündigung von mehr und beschleunigten Abschiebungen. Weil sie das nicht auf Geflüchtete aus der Ukraine richten können, zielen sie auf die aus anderen Ländern. Das Asylgesetz soll weiter ausgehöhlt werden, indem Asylsuchende bereits in den Grenzländern Asylanträge stellen sollen. Heftiger Widerstand durch die Grünen ist bisher nicht publik geworden.

Ähnlich wie 2015 versuchen die CDU und noch härter die AfD die missbräuchliche Verwendung von Feuerwerkskörpern an Silvester und gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei 2022 mit migrationsfeindlichen Ressentiments zu bedienen. Das hat besonders für die CDU bei den Wahlen in Berlin ganz gut funktioniert. Die pauschale Kritik des CDU-Vorsitzenden, Friedrich Merz, an migrantischen Vätern, sie würden ihre Söhne zu Paschas erziehen, mit der Ansage, bei der Integration würde einiges schief laufen (er meinte damit nicht etwa das Bildungssystem, das Migrant*innen benachteiligt), hat eindeutig rassistische Züge. Die Ampel und noch stärker die CDU schütten damit wieder einmal Wasser auf die Mühlen der AfD, die sich in ihrer migrationsfeindlichen und rassistischen Haltung nur bestätigt sehen kann.

Im Gegensatz zum Glauben von Sahra Wagenknecht und einem Teil ihrer Anhänger*innen gibt es nicht nur soziale Gründe für das Erstarken der AfD. Die vorhandenen Abstiegsängste und sozialen Unsicherheiten verschränken sich mit bereits vorhandenen Einstellungsmustern in den Köpfen ihrer Anhänger*innen, einem autoritären Denken, einem traditionellen Familienbild, Rassismus und Nationalismus. Die rücksichtslose Verteidigung einer Wirtschafts- und Lebensform, die auf Ausbeutung von Mensch und Natur beruht, wird mit nationalistischen, sozialdarwinistischen und nationalistischen Positionen verknüpft. Wir konnten in den USA beim Sturm auf das Kapitol, beim weniger beachteten Sturm auf den Reichstag oder auch in Brasilien beobachten, welche kruden Verbindungen möglich sind und welche Hassausbrüche und Gewaltakte diese Ideologie auslösen kann. Das waren keine großen Gruppen, jedoch konnte zum Beispiel die rechte Bewegung um Donald Trump mit ihrer America-First-Kampagne fast die Hälfte der Wähler*innen in den USA hinter sich bringen und ist nach ihrer Wahlniederlage keinesfalls bezwungen.

DIE LINKE muss die rechte Gefahr ernst nehmen, sich weiterhin klar gegenüber rechten, rassistischen und nationalistischen Kräften nicht nur abgrenzen, sondern sie aktiv bekämpfen. Antifaschismus und Antirassismus sind ein häufig genannter Grund, warum insbesondere junge Menschen Mitglied in der Partei DIE LINKE werden oder bereits geworden sind. Das zu bestärken und zu fundieren ist eine dauerhafte Aufgabe. Dabei geht es nicht um einen einfachen Antirassismus, sondern selbstverständlich um die Betrachtung der sozialen Zusammenhänge. Solidarität mit den Geflüchteten wie auch mit den an den sozialen Rand gedrängten Menschen gehören dabei zusammen. Wir erleben gerade, wie die EU weitgehend widerstandslos beschließt, Stacheldraht und Mauern an den Außengrenzen zu errichten bzw. zu verstärken. Kanzler Olaf Scholz ist außerordentlich zufrieden mit der Einigung auf einen inhumanen Kurs der weiteren Abschottung. Inzwischen gibt es eine Übereinkunft in der EU, das Verfahren für Migrant*innen, die aus Ländern kommen, für die eine geringe Chance auf Anerkennung von Asyl besteht, an den Außengrenzen durchzuführen. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass es in Deutschland – mit unserer Geschichte – möglich ist, eine Regelung zu beschließen, die Lager an den Außengrenzen vorsieht. Zu Recht gibt es insbesondere bei den Grünen heftige parteiinterne Auseinandersetzungen, die jedoch an deren Zustimmung nichts mehr ändern werden.

Unsere Partei sollte einladend für in Deutschland lebende Migrant*innen auftreten und die begonnenen Organisationsansätze fortsetzen (Links*Kanax). Auch wenn wegen des wachsenden Fachkräftemangels Arbeitskräfte aus anderen Ländern angeworben werden und sich die Behauptung

tung, sie würden die Löhne drücken, als empirisch falsch erwiesen hat, vermischen sich bei der rechten Propaganda migrationsfeindliche Positionen mit offenen Angriffen gegen die Geflüchteten. Die Instrumentalisierung der Berliner Vorfälle an Silvester durch AfD und CDU zeigt, wie schnell Stimmung von rechts gemacht werden kann.

Gleichzeitig heißt es, wachsam gegenüber dem Vormarsch von autoritären und nationalistischen Tendenzen zu sein. Wir können davon ausgehen, dass die Ampel versuchen wird, die Kosten von Krieg und Aufrüstung dem lohnabhängigen Teil der Bevölkerung aufzubürden. Gerade Lindner will den Haushalt nicht mit weiteren sozialen Kosten belasten. Die Rechten haben keine großen Probleme mit der Aufrüstung der Bundeswehr. Im Gegenteil. Der Obmann der AfD im Verteidigungsausschuss, Rüdiger Lucassen, erklärte: «Unsere Bundeswehr wieder aufzubauen, wird unendlich viel Kraft und Geld kosten. Zwei Prozent des BIP werden da kaum reichen. Leicht wird das nicht, aber wir werden es machen. Verlassen Sie sich darauf.» (Rüdiger Lucassen, Rede im Bundestag, 8.11.2018).

Es gibt klare Grenzen zur AfD, die immer wieder gezogen werden müssen. Gerade den Menschen in den sozialen Brennpunkten müssen wir, zum Beispiel mit dem Mittel der Haustürbesuche, praktisch beweisen, dass DIE LINKE im Gegensatz zur AfD ihre Interessen vertritt.

Die Auseinandersetzung mit den autoritären rechten Kräften wird mit Sicherheit ein wichtiges politisches Feld bei den Europawahlen im nächsten Jahr. Bei den Regionalwahlen in Spanien im Mai dieses Jahres haben sowohl radikal Rechte als auch die Rechtskonservativen gewonnen, obwohl die sozialdemokratisch geführte Regierung das Land relativ gut durch die Corona-Krise bekommen hat. Rechtspopulistische und extrem rechte Parteien sind in mehr und mehr Ländern auf dem Vormarsch. Die konservativen Parteien reagieren auf den Druck von rechts in den meisten Fällen mit der (mindestens teilweisen) Übernahme von rechten Positionen, insbesondere bei der Verschärfung der Einwanderungs- und Geflüchtetenpolitik. Die linken Parteien haben bei den meisten Wahlen Verluste erfahren. Es wird nicht einfach sein, einerseits eine klare Haltung für Geflüchtete und Migranten*innen einzunehmen und andererseits den damit verbundenen Abstiegsängsten durch ein überzeugendes soziales und demokratisches Programm zu begegnen. Das Wahlergebnis in Deutschland wird nicht unerheblich davon beeinflusst werden, ob es gelingt, DIE LINKE als klares Gegengewicht zu den Rechten in Stellung zu bringen und zugleich als überzeugende Alternative für soziale- und ökologische Gerechtigkeit wahrgenommen zu werden.

VERBINDENDE KLASSENPOLITIK UND UNSER VERHÄLTNISS ZU DEN GEWERKSCHAFTEN

Der Begriff der verbindenden Klassenpolitik hat längst Eingang in unsere Partei gefunden. In den letzten Monaten, besonders in Zusammenhang mit den unterschiedlichen Interpretationen der Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen, wird am Konzept der verbindenden Klassenpolitik Kritik geäußert. Alban Werner bezeichnete den Begriff im *Sozialismus*, unter der Überschrift «Über eine Partei in schrittweiser Auflösung», als Buzzwort, also als Schlagwort (Werner 2023; vgl. auch die Antwort von Riexinger in *Sozialismus* 2/2023). Jan Richter, Susanne Ferschl und Ulrike Eifler (*Sozialismus* 4/2022) bezeichneten das Konzept als beliebig. Eine nähere Begründung hatten sich die genannten Autor*innen erspart (vgl. auch die Erwiderung von Thomas Goes 2022).

Hinter dem Konzept der verbindenden Klassenpolitik steht der Ansatz, als Partei einen stärkeren Bezug zu den Lohnabhängigen, ihren Interessen und Kämpfen, herzustellen. Gleichzeitig ist die lohnabhängige Klasse, befeuert durch die Agenda 2010, stark gespalten und zersplittert, besonders in einerseits prekär und andererseits sozialversicherungspflichtig und tariflich gesicherte Beschäftigte. Diese Spaltung hat die Gewerkschaften geschwächt und ihre Fähigkeit, Tarifverträge für die Mehrheit der Beschäftigten abzuschließen, eingeschränkt. Das Konzept der verbindenden Klassenpolitik fand darin seinen Ursprung. Es geht darum, verbindende Interessen, Forderungen und Konzepte zu formulieren, die der Zersplitterung und Ausgrenzung entgegenwirken und Gemeinsamkeit herstellen können (vgl. Riexinger 2018).

Statt Abgrenzung nach unten (prekär Beschäftigte und prekär Lebende) und nach außen (Geflüchtete, Migrant*innen) ist der Gegnerbezug zum Kapital entscheidend. Der Begriff der Solidarität ist vor diesem Hintergrund weiterzuentwickeln. Ein Ausdruck dieses Verständnisses war ein Vorschlag für ein neues Normalarbeitsverhältnis, also für eine umfassende Neuregulierung der Arbeitsbeziehungen (vgl. Becker/Riexinger 2017). In Anlehnung an die Kommunistische Partei Italiens (KPI) in den 1960er-Jahren beschränkt sich das Konzept nicht nur auf das direkte Lohnarbeitsverhältnis in den Betrieben, sondern auch auf die reproduktiven Bereiche wie etwa Wohnen und Miete, Gesundheit und Pflege, Erziehung und Bildung. Die KPI und linke Gewerkschaften in Italien nannten das den zwei-

ten Scheck. Damit wurde gleichzeitig die Idee der verbindenden Partei aufgegriffen, die die direkten Kämpfe um Löhne und Arbeitsbedingungen mit den sozialen Kämpfen und Bewegungen verknüpft. Es ist nicht zielführend, den Begriff der verbindenden Klassenpolitik als nichtssagendes, «weil letztlich alles umfassendes Buzzword» abzutun.

Wir tun gut daran, dieses Konzept weiter zu verfolgen und praktisch auszufüllen. Indirekt geht es den Kritiker*innen um die Orientierung auf ein Bündnis zwischen Klimabewegung, Gewerkschaften und Linken, das sie, meist unausgesprochen, fragwürdig finden. Ein solches Bündnis haben ver.di und Fridays for Future praktisch bereits umgesetzt, indem sie auf der Basis gemeinsamer Interessen zusammen gestreikt und eine Kampagne vorangebracht haben (vgl. die spannende Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung «Mein Pronomen ist Busfahrerin», Autor*innenkollektiv 2023). Sowohl beim Klimaschutz wie auch bei den Kämpfen um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen der Verkehrsbeschäftigten handelt es sich um Klassenauseinandersetzungen. Bündnisse mit der Mieter*innenbewegung, mit den Kämpfen der Beschäftigten im Gesundheitsbereich und der Pflege sind weitere Beispiele für diesen Ansatz, der weit über das Gewinnen von Wähler*innenstimmen hinausgeht.

Beim Streik der Verkehrsbetriebe Anfang März 2023 wurde von den Unternehmensverbänden die Gewerkschaft ver.di heftig kritisiert, weil sie gemeinsam mit Fridays for Future gestreikt hat und auf die Straße gegangen ist. Gerade linke Aktivist*innen hatten erheblichen Anteil daran, dass diese Bündnisse vor Ort mit Leben gefüllt wurden. Das ist in der Praxis gar nicht so einfach, weil es von Teilen der Betriebsräte und Vertrauensleute Vorbehalte gibt. Die positiven Beispiele sind jedoch zahlreich. So wurden etwa in Stuttgart Aktivist*innen von Fridays for Future Zugang zu den Betriebshöfen ermöglicht. Am internationalen Frauen*tag streikten insbesondere die überwiegend weiblichen Belegschaften in den sozialen Infrastrukturen und gingen mit vielen feministischen Frauen*gruppen und Bündnissen auf die Straße. Ich bin noch ganz beeindruckt von der Kundgebung und Demonstration in Stuttgart mit über 5.000 Teilnehmer*innen. Das ist eine wichtige Öffnung von ver.di und teilweise anderen Gewerkschaften gegenüber den sozialen, feministischen und ökologischen Bewegungen. Diese Ansätze zu verfestigen und vor Ort stabile Bündnisstrukturen aufzubauen ist eine wichtige Aufgabe unserer Partei. Regionale Gruppen der Bundesarbeitsgemeinschaft BAG (Betrieb und Gewerkschaft) sind dabei sehr hilfreich. Deshalb sollten die Landes- und Kreisverbände deren Aufbau aktiv unterstützen.

FÜR KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFTEN UND EINE OFFENSIVE WAHRNEHMUNG DES POLITISCHEN MANDATS

Als Alternative zur verbindenden Klassenpolitik wird häufig die stärkere Hinwendung zu oder auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften genannt. Das ist kein wirklicher Widerspruch. Natürlich sollen Mitglieder der LINKEN auch Mitglieder der Gewerkschaften werden und sich dort für die Interessen der Lohnabhängigen starkmachen. Gewerkschaften sind in besonderem Maße Bezugspunkt für Linke, gerade weil sie die Interessen der Lohnabhängigen gegen das Kapital direkt in den Betrieben vertreten. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie das tatsächlich immer tun oder die vorhandene Kampfkraft in ausreichendem Maße einsetzen, geschweige denn, dass sie selbst verbindende Klassenpolitik praktizieren. Stattdessen finden wir in erheblichem Maße Co-Management vor sowie eine starke Orientierung an der Sozialdemokratie, auch deshalb gibt es oft eine deutliche Zurückhaltung, gegen eine von der SPD geführte Regierung auf die Straße zu gehen. Gerade in der Ausübung des politischen Mandats gibt es viel Luft nach oben. Mitglieder der Partei DIE LINKE in den Gewerkschaften stehen für einen konfliktorientierten und kämpferischen Kurs, für ein immer wieder neu auszulotendes Kräfteverhältnis in der Praxis. Sie stehen für basisorientierte Politik und für die Demokratisierung von Arbeitskämpfen (vgl. Riexinger 2013). Dazu gehört auch die Mobilisierung im politischen Raum. Es ist kaum vorstellbar, dass ohne eine politische Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links die Tarifbindung erweitert oder erfolgreich die Prekarisierung der Arbeit bekämpft werden kann. Genauso wenig wie die Forderungen nach mehr Personal und besserer Bezahlung in der Pflege, in Bildung und Erziehung eingelöst oder auskömmliche Renten durchgesetzt werden können.

Wir haben gerade in Frankreich, bei einem ähnlich schlechten Organisationsgrad, heftige Kämpfe um die Verlängerung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre erlebt, bei denen Millionen auf die Straße gegangen sind und weiterhin protestieren. Etwas Ähnliches hat es in Deutschland bei der Verlängerung auf 67 Jahre nicht gegeben. Ich war verwundert, als Eifler, Ferschl und Richter im genannten Artikel kritisierten, dass auf Initiative der Grundsatzabteilung die Aussage ins Wahlprogramm aufgenommen wurde, in Tarifaueinandersetzungen müsste mindestens der Ausgleich der Inflationsrate vereinbart werden, weil dieser Anspruch (der ja

nicht einmal an die Gewerkschaften gerichtet war) von den Gewerkschaften nicht einzulösen wäre. Fast zeitgleich hatte die österreichische Bahngewerkschaft ein Angebot von neun Prozent mit der Begründung abgelehnt, das würde die Inflation nicht ausreichend ausgleichen. Es geht hier nicht um einfache Vergleiche unterschiedlicher Bedingungen, aber es gibt offensichtlich Gewerkschaften, die um einen ausreichenden Inflationsausgleich kämpfen, auch in Deutschland. In diesem Jahr etwa ver.di bei der Post: Der Abschluss liegt oberhalb der Inflationsrate, bei den unteren und mittleren Tarifgruppen sogar deutlich. Außerdem gelang ver.di eine zeitgleiche Mobilisierung bei Warnstreiks in verschiedenen Branchen, beispielsweise bei Post und öffentlichem Dienst – denn im Bund und in den Kommunen ging es um das gleiche Ziel. Die Mobilisierung war auch in diesen Bereichen erfolgreich, ein Erzwingungsstreik war glaubwürdig vorbereitet worden, was die Verhandlungsbedingungen verbessert hat. Der Streik wurde dann aufgrund der Übernahme des Schlichtungsspruches nicht durchgeführt. Erstmals gab es eine gemeinsame Streikplanung von ver.di und der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) im Verkehrsbereich, die zumindest einen Hauch von Generalstreik versprühte. Die Ergebnisse dürften besonders für die unteren Lohngruppen mehr als den Inflationsausgleich ausmachen, wenn auch keine Kompensation der Reallohnverluste des vorigen Jahres erfolgt. Die EVG verhandelt noch (Stand Anfang Juli) aus einer Position der Stärke. Auch in weniger beachteten Tarifbereichen, bei der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) oder der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), konnten überdurchschnittliche Tarifergebnisse erzielt werden.

Die Formel, Inflationsrate plus Produktivitätsausgleich plus Umverteilung, bildete Jahrzehnte lang die Grundlage für Tarifforderungen. Es ist kein Naturgesetz, das den Gewerkschaften vorschreibt, Reallohnverluste akzeptieren zu müssen. Vielmehr sollten Linke die Frage stellen, woher die Schwäche kommt, dass sich die Gewerkschaften vielerorts nicht mehr zutrauen. Der Rückgang auf inzwischen noch 5,7 Millionen DGB-Mitglieder hat nicht nur etwas mit Strukturwandel, sondern auch mit gewerkschaftlicher Politik zu tun. Wir haben gerade in England eine sektorenübergreifende Streikbewegung gesehen, bei der täglich Tausende neue Gewerkschaftsmitglieder aufgenommen worden sind. Ver.di hat dem Vernehmen nach 100.000 Mitglieder während der Warnstreiks hinzugewonnen. Das bestätigt, dass gute Mobilisierung, Warnstreiks und Streiks den Organisationsgrad erhöhen, was dringend notwendig ist.

Es gibt in Deutschland genügend Gründe, mehr Arbeitskämpfe gegen Reallohnverluste und für bessere Arbeitsbedingungen zu organisieren

und gegen die unzureichenden Maßnahmen der Regierung sowie gegen die Verteuerung der Energiepreise auf die Straße zu gehen. Es ist ein Ausdruck von Schwäche und von falscher Rücksichtnahme auf eine SPD-geführte Bundesregierung, dass das kaum passiert. Es geht hier nicht um Voluntarismus, aber um die Notwendigkeit einer solidarischen Kritik an der vorherrschenden Ausrichtung der meisten Gewerkschaften. Es geht um eine Politik, die die Gewerkschaften stärkt und die Kräfteverhältnisse verbessert. Deshalb geht es nicht um eine einfache Zuwendung zu den Gewerkschaften, sondern um die Stärkung konfliktorientierter und kämpferischer Politik und um eine Repolitisierung der Gewerkschaften nach links.

MITGLIEDER- UND BEWEGUNGSPARTEI

Die Partei DIE LINKE hat seit den Bundestagswahlen 2021 über 9.000 Mitglieder verloren. Wie schnell das Zusammenwirken verschiedener Krisenfaktoren (schlechte Wahlergebnisse und innere Konflikte) zu Austritten aus der Partei führt, drückt aus, wie fragil die Bindung eines Teils der Mitglieder immer noch ist. Ein einziger Anlass, wie eine umstrittene Rede von Wagenknecht, führte zu 800 Austritten. Es ist verständlich, dass dieser Konflikt viele Mitglieder nervt, dass er sogleich Anlass für Austritte ist, macht die Partei jedoch nicht krisensicherer. Gerade in Krisen wäre es wichtig, zu der eigenen Partei zu stehen und sie zu stützen. Politische Grundlagenbildung kann hier sicherlich helfen und sollte möglichst viele der neuen Mitglieder ansprechen.

Gleichzeitig gilt es, den Charakter als Mitgliederpartei zu stärken. Im Unterschied zur «populären Linken», die auf die öffentliche Wirkung bekannter Persönlichkeiten und deren zum Teil populistisches Auftreten setzt, betont die Bewegungslinke die Bedeutung der Mitglieder und ihrer Aktivitäten. Dass DIE LINKE erfolgreich Wahlkämpfe organisieren kann, ist wichtig. Die andere Seite ist, das Verständnis der Partei als eine außerparlamentarische Kraft zu stärken, die sich in der Gesellschaft verankert, aktiv in Gewerkschaften mitarbeitet, in fortschrittlichen Bewegungen aktiv ist und im außerparlamentarischen wie parlamentarischen Raum als Träger und Verstärker linker Forderungen und Positionen wirkt. Gesellschaftliche Veränderungen werden in aller Regel nicht ohne Bewegungen und soziale Kämpfe herbeigeführt. Die von Karl Lauterbach angekündigte teilweise Abschaffung der Fallpauschalen wäre ohne die Streiks in den Kliniken kaum möglich gewesen. Fridays for Future hat mit einer großen Mobilisierung erreicht, dass sich alle politischen Parteien, mit Ausnahme der AfD, mit der Klimakrise auseinandersetzen müssen. Die erfolgreiche Volksabstimmung zur Enteignung großer Immobilienkonzerne in Berlin braucht einen parlamentarischen Arm im Berliner Senat, um dem Mehrheitswillen der Berliner*innen zum Durchbruch zu verhelfen. Die Chancen dafür hat die SPD verbaut, indem sie sich für eine Koalition mit der CDU entschieden hat, obwohl es eine andere Mehrheit gegeben hätte.

Hunderttausende von Hausbesuchen haben DIE LINKE verankert und in vielen Fällen organisierende Stadtteilarbeit befördert. Um die organisierende Arbeit, die Verankerung in Gewerkschaften, die positiven Beziehungen zu sozialen und ökologischen Bewegungen herzustellen bzw. aus-

zubauen, braucht es aktive, selbstbewusste und gefestigte Mitglieder. Deren Bindung wird gefördert, wenn die Partei nach innen demokratisch ist und nach außen einladend auftritt.

Der Charakter einer linkspluralistischen Partei zeichnet sich durch das Ringen um gemeinsame Positionen unterschiedlicher Strömungen und Richtungen auf der Basis eines gemeinsamen Programms aus. Minderheiten können ihren Standpunkt jederzeit vertreten und um Mehrheiten kämpfen. Sie müssen jedoch die Mehrheitsbeschlüsse anerkennen und vertreten, sonst ist es weder möglich, konsistent die eigenen Positionen öffentlich zu verstärken, noch eine gemeinsame Praxis zu organisieren. Die unter anderem von Teilen der Sozialistischen Linken (SL) verbreitete Aussage, der Parteivorstand würde nicht mehr die Basis widerspiegeln, eine Strömung, die Bewegungslinke (BL), hätte «durchgezogen» und würde die Partei dominieren, ist falsch. Auf zwei Parteitagungen hintereinander haben die Delegierten mit überzeugender Mehrheit Vertreter*innen der Bewegungslinken, als stärkster Kraft, und Vertreter*innen der Reforme*innen in den Parteivorstand gewählt. Das Lager um Sahra Wagenknecht konnte keine Vertreter*innen stellen. Die SL hat ihre Kandidat*innen zurückgezogen. Die gewählten Delegierten der Basis haben damit eindeutig entschieden, dass die BL zusammen mit eher linken Reforme*innen das Zentrum der Partei stellen.

Die meisten Delegierten teilen das Selbstverständnis einer Mitglieder- und Bewegungspartei und haben unter anderem deshalb die aktuelle Führung gewählt. Die Gründung einer neuen Partei ist noch lange nicht vom Tisch. Auf die Entscheidung derjenigen, die dieses Projekt verwirklichen wollen, haben wir weitgehend keinen Einfluss. Umso wichtiger ist es, klar zu machen, welche Partei wir sind, und zu verdeutlichen, worin die Unterschiede zu einer linkspopulistischen/linkskonservativen «Partei-gründung» bestehen. Nach dem angekündigten Rückzug von Sahra Wagenknecht gilt es umso mehr, das Selbstverständnis einer modernen sozialistischen Partei, die auf ihre eigenen Mitglieder setzt, mit großem Selbstbewusstsein zu vertreten und in der Praxis zu leben. Alle Interessierten, die sich bisher daran gehindert sahen, können die Partei bei diesem wichtigen Projekt unterstützen.

UNTERSTÜTZUNG LINKER INTELLEKTUELLER

Um aus der Krise herauszukommen, braucht es intellektuelle Unterstützung. Intellektuelle, die die Partei kritisch und solidarisch begleiten, wichtige politische Debatten anstoßen, an der Verbesserung von Programmatik und Kommunikation mitarbeiten und als Multiplikator*innen für linke Politik wirken, können helfen, die Partei zu stärken. Die gesellschaftliche Entwicklung bestätigt die linke Theorie der Mehrfachkrisen des Kapitalismus. Gerechtigkeitskrise, Wirtschaftskrise, Hegemoniekrise mit zunehmenden Kriegsgefahren und die Klimakatastrophe verschränken und verstärken sich gegenseitig. Linke Intellektuelle können die Partei darin unterstützen, grundlegende gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus und Einstiege in fortschrittliche Zukunftsentwürfe herauszuarbeiten.

Die Partei kann linken Intellektuellen anbieten, kritische und solidarische Beiträge zu leisten, Debatten in der Partei und in der Gesellschaft anzustoßen, sie können ihr helfen, die eigenen Positionen zu schärfen und einen Raum für politische Diskurse zu schaffen. Dazu bedarf es eines organisierten Diskussionszusammenhangs mit den uns wohlgesonnenen linken Intellektuellen. Auch im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung gibt es nicht wenige, die darauf warten, von der Partei angesprochen zu werden.

KONSISTENTE POLITIK

Der Weg aus dem Umfragetief führt über konsistente Politik, die über längere Zeit mit glaubwürdigen und begründeten Positionen, Forderungen und Lösungen vertreten wird. Hierfür hat die Parteispitze eine besondere Verantwortung, die dazu notwendige politische Führung zu übernehmen. Nach wie vor leiden wir darunter, dass zu Krieg, Sanktionen, Klimagerechtigkeit und Mobilitätswende insbesondere von Mitgliedern der Fraktion unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Positionen öffentlich vertreten werden. Das ist in einer pluralistischen Partei nicht zu verhindern. Mit dem schlechten Wahlergebnis ist erschwerend verbunden, dass die Fraktion nicht mehr die gesamte Partei widerspiegelt.

Bei der an uns interessierten Öffentlichkeit führt das jedoch zu erheblicher Verwirrung und bestärkt die Wahrnehmung einer zerstrittenen Partei (vgl. Arbeitsgruppe «Zukunft der Partei DIE LINKE» der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2022). Nicht selten handelt es sich um Richtungsauseinandersetzungen, die in der Partei längst durch Beschlüsse geklärt sind. Deshalb liegt die Möglichkeit für eine konsistente Politik eher bei der Partei als bei der Fraktion. Sie muss auf jeder Ebene immer wieder und kontinuierlich selbstbewusst auftreten, ihre programmatische und inhaltliche Führungsrolle annehmen und verdeutlichen, dass der Parteivorstand die Autorität besitzt, die Positionen zu vertreten, die mehrheitlich vereinbart und beschlossen worden sind. Natürlich darf nichts unterlassen bleiben, um auch die Fraktion einzubinden und die Misstöne einzuschränken, damit das gesamte Orchester nicht ständig aus dem Takt geworfen wird.

Dabei liegen die Themen für eine konsistente Politik auf der Straße:

- DIE LINKE ist die einzige Partei, die Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnt, die militaristische Sprache von Teilen der Grünen, CDU und FDP nicht übernommen hat und auf eine Verhandlungslösung im Ukraine-Konflikt drängt. Es war klug, Indien und China als Vermittler vorzuschlagen, die in der Lage wären, Druck auf Russland auszuüben, und es war richtig, die Vermittlungsangebote von Lula aufzugreifen. DIE LINKE lehnt das größte Aufrüstungsprogramm in der deutschen Nachkriegsgeschichte ab. Wir erleben aktuell eine Einstellungsverschiebung bei der Bevölkerung. Verschiedene Umfragen ermittelten, dass 35 Prozent der Befragten die Lieferung schwerer Waffen ablehnt. Eine deutliche Mehrheit ist für die schnelle Aufnahme von Verhandlungen.

- Die hohe Inflation, insbesondere die Verdoppelung und Verdreifachung der Energiepreise, treibt Millionen Menschen in die Armut oder bringt sie an den Rand existenzieller Krisen. Die Entlastungspakete der Regierung tragen zwar zu einer teilweisen Abfederung bei, weisen aber eine nicht unerhebliche soziale Schieflage auf. Stärker entlastet wird die vergleichsweise gut ausgestattete Mittelschicht, während die Schichten mit niedrigem und mittlerem Einkommen deutlich weniger entlastet werden. Der etwas voreilig ausgerufenen «Heiße Herbst» ist 2022 ausgeblieben, weil viele ihre Energierechnung noch gar nicht erhalten hatten, die wenigsten erlassen können, was die Entlastungspakete der Bundesregierung bringen, die einkommensarmen Schichten viel Energie aufbringen müssen, um über die Runden zu kommen, und die Gewerkschaften als gewichtiger Akteur erst einmal ausgefallen sind. Die Position der LINKEN, «Entlasten, Energiepreise deckeln und umverteilen», kann im Laufe der Zeit, wenn mehr und mehr Menschen spüren, dass die Entlastungen nicht ausreichen, Resonanz finden (vgl. Candeias/Völpel/Witt 2022). Außerdem kann DIE LINKE Proteste und Aktivitäten auf den Weg bringen, die dem wachsenden Unmut Ausdruck verleihen. Das wird in vielen Orten und Städten auch gemacht. Aktuell läuft die Auseinandersetzung um den sogenannten Heizungstausch (vgl. Öko-Institut/Rosa-Luxemburg-Stiftung 2023; Witt 2023). Die Konservativen mobilisieren dagegen, indem sie die Kosten für die Betroffenen gegen den notwendigen Klimaschutz stellen. DIE LINKE hält den Heizungstausch für notwendig, aber nicht ohne klare Schutzregelungen für Mieter*innen und Entlastungen für Eigentümer*innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen (vgl. auch Kuhn 2023).
- Deutschland hat im Jahr 2022 zum wiederholten Mal die selbstgesteckten Klimaziele nicht erreicht. Verantwortlich sind die Reaktivierung von Kohle sowie der Verkehrs- und Gebäudesektor. Die Grünen verlieren an Glaubwürdigkeit. DIE LINKE kann hier offensiv ihr Konzept für eine sozial-ökologische Transformation in eine emissionsfreie Wirtschaft stark machen und ein Bezugspunkt für die Klimabewegung werden.
- Die FDP hat auf ihrem Dreikönigstreffen in Stuttgart 2023 weiteres Wirtschaftswachstum propagiert und vor Umverteilung gewarnt. Im Unterschied zu vielen europäischen Ländern findet die Ampel nicht einmal die Kraft, etwas so Einfaches wie eine Übergewinnsteuer zu verabschieden. Inzwischen plädieren sogar bürgerliche Ökonom*innen für eine stärkere Belastung einkommensstarker und vermögender Bevölkerungsgruppen. Der Club of Rome forderte, dass die reichsten zehn Prozent die Kosten der Klimakrise bezahlen müssen. Es gibt ein weit

verbreitetes Bewusstsein, dass es nicht gerecht zugeht (vgl. Candeias 2023a). Die Positionen der LINKEN unterscheidet sie von allen anderen Parteien – sie sind ein Alleinstellungsmerkmal.

- Im Alltagsleben werden die Verwüstungen der neoliberalen Ära für mehr und mehr Menschen erfahrbar. Personalmangel und Unterfinanzierung bringen Bahn, ÖPNV, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Altenheime, Schulen und weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge an den Rand des Zusammenbruchs. Die Bedeutung des Öffentlichen und der Gemeingüter bekommt größere Beachtung. DIE LINKE kann deutlich machen, dass es für gesellschaftlichen Wohlstand und Teilhabe entscheidend ist, in welchem Zustand die Daseinsvorsorge und die Gemeingüter sind. Sie kann ihre klaren Positionen zu deren Ausbau und Finanzierung stärken. Hier geht es auch um Einstiege in ein anderes Wohlstandsmodell und um die Stärkung öffentlichen oder genossenschaftlichen Eigentums. Das sind Schlüsselfragen beim sozial-ökologischen Umbau.
- Sowohl während der Corona-Krise als auch in Zeiten der allgemeinen Verteuerung steigen die Mieten weiter. Die Partei hat schon vor Jahren eine Mietenkampagne auf den Weg gebracht. Die Forderungen nach einem bundesweiten Mietendeckel und dem vermehrten Bau von Sozialwohnungen in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand sind hoch aktuell im Kampf um bezahlbares Wohnen. Dazu kommen die gewaltigen Kosten für die energetische Sanierung des Wohnungsbestands, die in aller Regel auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Die Ampel bietet gerade auf diesem Feld ein trostloses Bild und ist mit ihrem Wohnungsprogramm krachend gescheitert.
- Der nicht erwartete Erfolg beim 9-Euro-Ticket zeigt die enorme Nachfrage nach einem funktionierenden, gut ausgebauten und günstigen ÖPNV. DIE LINKE konnte sich auf diesem Feld durchaus profilieren. Die Mobilitätswende ist ein wesentlicher Baustein zum Erreichen der Klimaziele. Die Bundesregierung droht dabei zu scheitern. DIE LINKE verfügt über ein gutes Konzept für eine Mobilitätswende und für den Umbau der Automobilindustrie in eine Mobilitätsindustrie. Arbeitsplätze und Klima sollen gleichermaßen geschützt werden. Wir reden hier also über ein wichtiges Zukunftsprojekt, in dem sich DIE LINKE profilieren kann.

Es stimmt, dass es schon mal bessere Zeiten für DIE LINKE gab. Das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl hängt der Partei immer noch nach. Sie ist bei Umfragen nicht weiter abgesunken, aber sie klebt bei fünf Prozent fest. Wenn man mal unten drinhängt, dauert es einfach,

bis man wieder herauskommt. Aber es gibt DIE LINKE und wir haben keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken oder zu verzweifeln. Gerade jetzt sollte sie sich zeigen, gerade jetzt deutlich machen, wofür die Partei steht: für eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus, der mit seinen Dauer- und Mehrfachkrisen längst destruktiv geworden ist. Wir können uns dieses System nicht länger leisten, wenn unsere Kinder und Enkel eine Zukunft haben wollen. Für eine Gesellschaft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Dafür wird DIE LINKE gebraucht.

LITERATUR

Arbeitsgruppe «Zukunft der Partei DIE LINKE» der Rosa-Luxemburg-Stiftung (2022): Eine starke LINKE ist möglich und wird gebraucht! Zehn Herausforderungen eines solidarischen Aufbruchs, unter: www.rosalux.de/news/id/46613.

Autor*innenkollektiv CLIMATE.LABOUR.TURN (2023): Mein Pronomen ist Busfahrerin. Die gemeinsame Kampagne von FFF und ver.di im öffentlichen Nahverkehr: Beispiel für ökologische Klassenpolitik, unter: www.rosalux.de/publikation/id/44712.

Begrich, David/Preuss, Oliver (2023): Handfeste Partnerschaften. Was tun gegen rechte Hegemonie?, in: LuXemburg 1/2023, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/handfeste-partnerschaften/>.

Candeias, Mario (2018): Populistisches Momentum? Lernen von Corbyn, Sanders, Mélenchon, Iglesias (Ein indirekter Kommentar zur Kampagne von #aufstehen), LuXemburg online, Oktober, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/populistisches-momentum/>.

Candeias, Mario (2019): Aufstieg des globalen Autoritarismus. 19 Thesen zu Ursachen und Bestimmungsmomenten, unter: www.rosalux.de/publikation/id/40834.

Candeias, Mario (2022a): Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung zum Wähler*innenpotenzial der LINKEN, unter: www.rosalux.de/publikation/id/46565.

Candeias, Mario (2022b): Der Übergang, LuXemburg online, April, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-uebergang/>.

Candeias, Mario (2023a): Große Mehrheit für Umverteilung. Repräsentative Umfrage zeigt wachsende Existenzängste und hohe Zustimmung zu Vermögens- und Übergewinnsteuer, unter: www.rosalux.de/publikation/id/49930.

Candeias, Mario (2023b): Wirtschaftswende jetzt. Die Erosion des deutschen Exportmodells erfordert Elemente einer neuen Ökonomie, unter: www.rosalux.de/publikation/id/50716.

Candeias, Mario/Krull, Stephan (Hrsg.) (2022): Spurwechsel. Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion, Hamburg, unter: www.rosalux.de/publikation/id/45696.

Candeias, Mario/Völpel, Eva/Witt, Uwe (2022): Mehrheit für Energiepreisdeckel und Übergewinnsteuer. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, unter: www.rosalux.de/publikation/id/46961.

Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Lia/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.

Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin.

Goes, Thomas (2022): Besser werden im demokratischen Klassenkampf. Eine Replik auf den Debattenbeitrag «DIE LINKE braucht einen Klassenkompass», links-bewegt.de, 28.12.2022, unter: www.links-bewegt.de/de/article/659.besser-werden-im-demokratischen-klassenkampf.html.

Habermas, Jürgen (2023): Ein Plädoyer für Verhandlungen, Süddeutsche Zeitung, 15.2.2023, unter: www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/juergen-habermas-ukraine-sz-verhandlungen-e159105/?reduced=true.

Jaitner, Felix (2023): Russlands Kapitalismus: Die Zukunft des «System Putin», Hamburg.

Kuhn, Armin (2023): Klimagerechte Nachbarschaften. Vorschlag für eine ökologische Klassenpolitik beim Wohnen, LuXemburg online, März, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/klimagerechte-nachbarschaften/>.

Masala, Carlo (2018): Weltunordnung. Die globalen Krisen und das Versagen des Westens, München.

Moore, Hilary A. (2022): Die Welt läuft heiß, Europas Rechte läuft sich warm. Wie die rassistische Rechte die Klimakrise für sich nutzt und was wir dagegen tun können, unter: www.rosalux.eu/de/article/1867.die-welt-l%C3%A4uft-hei%C3%9F-europas-rechte-l%C3%A4uft-sich-warm.html.

Öko-Institut e. V./Rosa-Luxemburg-Stiftung (2023): Mehrfamilienhäuser: Der blinde Fleck der sozialen Wärmewende. Wie belastet sind Haushalte durch Wärmeenergiekosten und wie wirkt die Gas- und Wärmepreisbremse?, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/50137.

Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022): Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende, München.

Riexinger, Bernd (2013): Demokratisierung von Streiks. Revitalisierung der Gewerkschaftsarbeit, unter: www.rosalux.de/publikation/id/6715.

Riexinger, Bernd (2018): Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen, Hamburg.

Riexinger, Bernd (2020): System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal. Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können, Hamburg.

Riexinger, Bernd/Becker, Lia (2017): For the many, not the few: Gute Arbeit für Alle! Vorschläge für ein Neues Normalarbeitsverhältnis, in: Sozialismus, Supplement 9, unter: www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/pdf/Supplements/Sozialismus_Supplement_2017_09_Riexinger_Becker_NAV.pdf.

Riexinger, Bernd/Kipping, Katja (2013): Verankern, verbreiten, verbinden: Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE,

dokumentiert unter: www.bernd-riexinger.de/fileadmin/lcmsbriexinger/Dokumente/Projekt_Partieentwicklung.pdf.

Ringger, Beat/Zwicky, Pascal (2022): Krise ohne Ende. Eine Auslegeordnung, Denknetz 12, unter: www.denknetz.ch/das-denknetz-12/.

Sánchez Cedillo, Raúl (2022): «Der russische Überfall hat der Linken das Genick gebrochen», Raúl Sánchez Cedillo im Interview mit Pablo Iglesias, tagebuch.at, Dezember, unter: <https://tagebuch.at/2022/12/der-russische-ueberfall-hat-der-linken-das-genick-gebrochen/>.

Schäfer, Paul (2023): Ein Jahr russischer Angriffskrieg: Das Elend der linken Legenden, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2023, S. 55–62, unter: www.blaetter.de/ausgabe/2023/februar/ein-jahr-russischer-angriffskrieg-das-elend-der-linken-legenden.

Solty, Ingar (2020): Der kommende Krieg. Der USA-China-Konflikt und seine industrie- und klimapolitischen Konsequenzen, unter: www.rosalux.de/publikation/id/42612.

Solty, Ingar (2022): Auf dem Weg in eine neue Blockkonfrontation, in: Luxemburg 2/2022, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/auf-dem-weg-in-eine-neue-blockkonfrontation/>.

Völpel, Eva (2021): Rückverteilen. Verschärfte Kämpfe um die Zukunft und Finanzierung des Sozialen, unter: www.rosalux.de/publikation/id/44972.

Werner, Alban (2023): DIE LINKE – Hoffen auf ein Licht am Ende des Tunnels. Über eine Partei in schrittweiser Auflösung, in: Sozialismus 1/2023, S. 33–38, unter: www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/Leseproben/2023/Sozialismus_Heft_01-2023_L1_Werner_LINKE.pdf.

Wiegel, Gerd (2022): Neues Wachstum. Die AfD als Krisenprofiteur, Luxemburg online, Oktober, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/afd-als-krisenprofiteur/>.

Witt, Uwe (2023): Heizungstausch: Mythen und Wahrheiten. Wir stellen das umstrittene Gebäudeenergiegesetz auf den Prüfstand, unter: www.rosalux.de/heizungstausch-mythen-und-wahrheiten.

